

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4,50 Mk., monatlich 1,50 Mk., frei ins Haus, vorausschickbar. Einzelne Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich 1,50 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5.— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Belegblätter des Anzeigenblattes kosten 10 Pf. „kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zählend 2 gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Geschäftsveränderungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsrichtig 20%. Familien-Anzeigen 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Belegblätter 40 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Druckfertig sein. Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. abzugeben werden. Schließt den 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.
 Donnerstag, den 21. Februar 1918.
 Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90—151 97.

Petersburg bietet Frieden.

Der Verfassungsausschuß des Landtags gegen gleiches Wahlrecht!

Staatssekretär v. Kühlmann verlas gestern im Reichstag aus einem

Funktionsbericht der Petersburger Regierung an die deutsche Regierung folgendes:

Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Vierbundes in Brest-Litowsk gestellt wurden. Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich gegeben werde.

Nach einer Mitteilung Dr. Davids hat die Petersburger Regierung im selben Funktionsbericht gegen den deutschen Vormarsch, der ohne Kündigung des Waffenstillstands angetrieben worden sei, protestiert.

Durch die Reden des Staatssekretärs v. Kühlmann und des Genossen Dr. David ist gestern mittag dem Reichstag und der ganzen Welt bekannt geworden, was gestern früh hier nur angedeutet werden konnte. Die russische Regierung hat nach Berlin einen Funktionsbericht gelangen lassen, in dem sie sich zum Abschluß eines Friedensvertrags auf Grund der Bedingungen von Brest-Litowsk bereit erklärt.

Um von dem Verhalten der Petersburger ein klares Bild zu gewinnen, muß man die beiden Bruchstücke des Funktionsberichts, die von Kühlmann und David mitgeteilt wurden, zusammenhalten. In diesem Funktionsbericht zunächst — Mitteilung Davids — der Rat der Volkskommissare gegen den Vormarsch der deutschen Truppen, da der Waffenstillstand von keiner Seite sieben Tage zuvor gekündigt worden sei. Die dadurch geschaffene Lage wird als unerwartet bezeichnet. Im Anschluß daran heißt es dann — Mitteilung Kühlmanns — der Rat der Volkskommissare sehe sich genötigt, zu erklären, daß er den Frieden auf Grund der Bedingungen, die von den Abordnungen des Vierbundes in Brest vorgeschlagen wurden, zu unterschreiben bereit sei und auf die von der deutschen Regierung gestellten näheren Bedingungen unverzüglich antworten werde.

Es wäre jedenfalls besser gewesen, Herr v. Kühlmann hätte das politisch so wichtige Schriftstück dem Reichstage vollständig mitgeteilt, als daß er es dem sozialdemokratischen Redner überlassen hätte, die nötigen Ergänzungen hinzuzufügen.

So also stehen die Dinge: die russische Regierung ist bereit, die Bedingungen von Brest-Litowsk anzunehmen, sie legt aber selbst Gewicht auf die Feststellung der Tatsache, daß diese Bereitschaft nur die Folge des überraschenden deutschen Vormarsches ist.

Durch diese Feststellung sucht sie zweierlei zu erreichen. Erstens will sie nach außen hin deklarieren, daß der Frieden, den sie zu schließen bereit ist, nach ihrer Auffassung kein Verständigungsfrieden ist. Und zweitens will sie sich nach innen Deckung schaffen, indem sie erklärt, nur einem übermächtigen Druck weichen, einen Frieden zu unterzeichnen, den sie als imperialistisch bezeichnet hat.

Auf alle Fälle ist die volle russische Friedensbereitschaft nun da, und es fragt sich nur noch, welchen Gebrauch die Regierungen des Vierbundes von ihr zu machen gedenken. Darüber hat Herr v. Kühlmann gestern keine erschöpfende Auskunft gegeben.

Die deutsche Regierung kann von Rußland nun alles haben, was sie auf der Konferenz von Brest-Litowsk von ihm gefordert hat. Diese Forderungen sind in der vorletzten Sitzung vom 9. Februar folgendermaßen formuliert worden:

„Rußland nimmt Kenntnis von folgenden territorialen Veränderungen, die mit der Ratifikation des gegenwärtigen Friedensvertrages eintreten: Die Gebiete zwischen den Grenzen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und einer Linie, die ... verläuft, werden der territorialen Oberhoheit Rußlands nicht mehr unterliegen. Aus ihrer ehemaligen Zugehörigkeit zum russischen Kaiserreich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber erwachsen. Das künftige Schicksal dieser Gebiete wird in dieser Beziehung im Einvernehmen mit ihren Völkern entschieden werden und zwar nach Maßgabe der Vereinbarungen, die Deutschland oder Oesterreich-Ungarn mit ihnen treffen werden.“

Der Verlauf dieser Schnittlinie ist in der Konferenz näher bezeichnet worden. Es ist anzunehmen, daß sie Litauen, Kurland, einen Teil Estlands und Polens von Rußland abschneidet, aber nicht die Ukraine, von der damals Graf Czernin noch sagte, ihr Verhältnis zur Petersburger Regierung gehe den Vierbund nichts an.

Aus der letzten Sitzung, der vom 10. Februar, wurde dann berichtet:

Während von russischer Seite in diesen Sitzungen versucht wurde, die strategischen Nachteile nachzuweisen, denen Rußland durch die vorgeschlagene Neufassung seiner Westgrenze ausgelegt wäre, wurde diese Auffassung von deutscher Seite unter mehrfacher Betonung, daß es sich nicht um eine russisch-deutsche Grenze, sondern um eine Grenze Rußlands mit den neuen Randstaaten handle, eingehend widerlegt. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Im Laufe der Sitzung erklärte Herr v. Kühlmann:

Wenn sein Gedächtnis ihn nicht trüge, bezeichnet der Waffenstillstandsvertrag den Abschluß des Friedens als den eigentlichen Zweck seines Daseins. Würde also mangels Abschluß eines Friedens der eigentliche Daseinszweck des Waffenstillstandsvertrages verschwinden, so würden nach Ablauf der vorgeseheneu Frist die Kriegshandlungen wieder ausbrechen. Die Tatsache, daß die eine von den beiden Parteien ihre Armeen demobilisieren, würde hieran weder tatsächlich noch rechtlich irgend etwas ändern.

Zum Schluß erklärte Trojki, seine Delegation habe jetzt alle Vollmachten erschöpft, die sie erhalten habe. Sie halte es für notwendig, nach Petersburg zurückzukehren. Alle Mitteilungen, welche die verbündeten Delegationen machen würden, werde sie im Schoße der Regierung der föderativen russischen Republik beraten und daraus die Antwort erteilen.

Auf die Frage des Staatssekretärs von Kühlmann, auf welchem Wege dieser Gedankenaustausch erfolgen sollte, entgegnete Trojki, die russische Delegation habe von Brest-Litowsk aus eine direkte Drahtverbindung mit Petersburg gehabt. Vor der Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen habe man sich durch Funkprüche verständigt, und außerdem befänden sich jetzt in Petersburg Vertretungen der vier verbündeten Mächte, die mit ihren Regierungen verkehren könnten. Auf diesem Wege könne man eine Verbindung herstellen.

So ist nun wieder durch einen Funktionsbericht die Verbindung hergestellt worden. Die bolschewistische Regierung zieht die Folgerungen aus der von ihr selbst festgestellten Tatsache, daß ihr zum Kampf gegen einen kühneren Feind die erforderlichen Nachtmittel fehlen. Sie kapituliert!

In diesem Augenblick erheben sich aber wieder helfer kräftigende Stimmen, die rufen: „Frieden? Davon kann keine Rede sein! Litauen, Kurland, Polen? Nicht genug, nicht genug! Wir marschieren jetzt, marschieren wir weiter!“

Offen tritt die Meinung hervor, Deutschland dürfe sich mit den Bedingungen von Brest-Litowsk nicht mehr zufrieden geben. Es müsse weitergehen und mindestens noch die Rückmung von Estland, Livland, Finnland und der Ukraine verlangen. Andere wieder meinen, der Kampf gegen den Bolschewismus sei die Hauptsache, mit der bolschewistischen Regierung dürfe man überhaupt keinen Frieden schließen.

Eine Atempause im großen Totentanz des Offens. Auch in England und Frankreich regen sich jetzt Stimmen der Besinnung. Aber die nationalistischen Weigen rasen toller und toller, als ob der Krieg die Welt überleben wolle und nicht die Welt den Krieg!

(Reichstagsbericht: Siehe Beilage I)

Sechsklassenwahlrecht statt des gleichen Wahlrechts!

Eine Provokation gegen Volk und Kriegsteilnehmer.

Die reaktionären „Volksdompteure“ des Dreiklassenhauses haben die Reitsche geschwungen: Ein Schlag der junckerlichen Reitgerte — kalten Blutes in das Gesicht des Volkes geführt —, das ist der gestrige Beschluß der Wahlrechtskommission. Anstatt das Dreiklassenwahlrecht in das gleiche Wahlrecht zu verwandeln, haben sie in lustiger Verdoppelung der Klassenzahl ein Sechsklassenwahlrecht an seine Stelle gesetzt. Konservative, Freikonservative und zwei Drittel der Nationalliberalen haben ein extrem plutokratisches Pluralklassenwahlrecht mit fünf Zusatzstimmen, also sechs Wählerklassen, angenommen.

Die Zusatzstimmen sollen gemäß dem konservativ-freikonservativen Antrag wesentlich für folgende „Verdienste“ (besser Kriegsgewinnste) verliehen werden: Vermögen über 6000 M., Einkommen über den Gemeindefürschnitt oder über 3000 M., für Arbeitgebervereine, ländlichen Grundbesitz über zwei Hektar, für höhere Schulbildung, für höheres Alter oder größere Kinderzahl. — Vier von diesen fünf Zusatzstimmen beruhen direkt oder indirekt ausschließlich auf Geldsachqualitäten!

Das wagt man dem Volk, das wagt man den Kriegsteilnehmern zu bieten. Hoch der Kriegsgewinnler, der daheim Vermögen und Einkommen häufte, ihm gebühren mindestens vier, wenn nicht fünf oder sechs Stimmen. Nieder der Kriegskrüppel, der ohne Arm und Bein, der blind oder nervenkrank ein dürftiges Dasein fristen wird! Die eine Stimme, die ihm der reaktionäre Beschluß der Wahlrechtskommission gütigst beläßt, ist für ihn gerade genügend!

Dem Gohn gegen die Arbeiter haben die Antragsteller noch besonderen Ausdruck verliehen. Es soll für immer festgehalten werden, wie der konservative Sprecher seine Ansicht begründete, daß der Antrag die Arbeiter angeblich nicht entrechle. 6000 Mark, so erklärte der Herr, könne heute jeder Arbeiter ersparen! Und ferner verdienten die Arbeiter so hohe Löhne, daß ihr Einkommen sicher über den Gemeindefürschnitt weit hinausgehe. — Dieser Durchschnitt, der tief unter allen Einkommen liegt, verdient als ein mathematisches Wunder ausgestellt zu werden!

Die Herren Volksdompteure bilden sich zu Volksprovokateuren aus. Ihr Endziel hat eben erst der hannoversche Oldenburg tren-offenberzig gezeigt: den Reichsfanzler, der auf das Volk schießen läßt. Die Arbeiterschaft wird den Reaktionen nicht den Gefallen tun, es dahin kommen zu lassen. Aber ihr Recht wird sie sich erkämpfen und dann — wehe den Herren, die sich vermaßen haben, gegenüber dem Volk den Tierdändiger spielen zu wollen!

Das englische Parlament und der Versailler Kriegsrat.

Lloyd Georges Drohung mit Rücktritt scheidet.

London, 19. Februar. (Reuter-Meldung.) Unterhaus. Bei der Einbringung des Voranschlags für das Heer betonte Lloyd George, der mit lautem Beifall empfangen wurde, daß die in Versailles gefassten politischen Entschlüsse einstimmig seien. Das Haus solle heute entweder dem Vorgehen der Regierung seine Billigung ansprechen, indem es diese Beschlüsse unterfütze, oder es solle eine andere Regierung suchen, die die Verantwortung für eine Ablehnung von Entschlüssen übernehmen würde, die er für die Sicherheit des Landes für wesentlich erachte. (Beifall.)

Asquith kritisierte die militärische Maschinerie zur Durchführung der Versailler Beschlüsse, erhob aber keine Einwendungen gegen die Erweiterung der Befugnisse des Kriegsrates.

Die Debatte war außerordentlich eingeschränkt, und es ergab sich keine Zwischenfälle.

Das Haus beriet nach Erörterung über den Versailler Kriegsrat verschiedene Gesetzesfragen. Die Vertrauensfrage wurde nicht gestellt.

London, 19. Februar. (Reuter.) Oberhaus. Lord Derby gab eine ähnliche Erklärung wie Lloyd George ab, in der er sagte, daß er im Hinblick auf seine bisherige Unterstützung Robertsons Lloyd George seinen Rücktritt angeboten habe, daß aber der Premierminister ihn ersucht habe, im Amt zu bleiben, um bei der Ausführung des Planes zur Herstellung einer besseren Einigkeit der Kriegsziele der Alliierten zu helfen. Er habe zugestimmt, weil er der Ansicht sei, daß der Versailler Plan zu einem Erfolg gemacht werden könne und wesentlich zur Gewinnung des Krieges beitragen würde.

London, 19. Februar. (Reuter.) Im Unterhause teilte Lloyd George mit, daß Sir Henry Robinson zum britischen Vertreter beim Versailler Kriegsrat ernannt worden sei.

Die Berichte Reuters sind so kurz gehalten, daß über den Inhalt der Debatte im Unterhaus zunächst nichts bekannt wird. In der Regel werden die bemerkenswerten Einzelheiten der Aussprachen im englischen Parlament in allmählichen Tropfen hinternach gegeben, und so wird es auch diesmal sein, trotz des Reuterschen Vermerks, daß die Debatte

äußerst eingeschränkt und ohne Zwischenfälle verlaufen sei. Bei der hochgradigen Spannung, die sich in der englischen Presse der letzten Tage zeigte, ist nicht anzunehmen, daß Lloyd George über ein in allen Tiefen ruhiges Meer hinwegspröden habe. Solcher Annahme widerspricht auch der Ton, in dem der Premierminister dem Unterhause sein Entweder-Oder wie ein kurzfristiges Ultimatum zugeworfen hat.

Daß die Drohung mit dem Rücktritt ernst gemeint war, ist aus dem Verhalten Asquith zu ersehen, und auch das erweist sich daraus, daß sie nicht etwa überraschend niedersuhr. Lloyd Georges Entschluß stand fest und hat, wie man nun schließen kann, das Thema von Kämpfen und Auseinandersetzungen gebildet, die in den letzten Wochen jenseits der Öffentlichkeit sich abgezeichnet haben und nur in einzelnen Vorgängen — Rücktritt Carlsons, Affäre Repton, Rücktritt Robertsons — vor die Kulissen geschleift wurden. Wie die Dinge lagen und wie sie sich wenden würden, deutete vor einigen Tagen schon der parlamentarische Berichterstatter der „Times“ an, indem er äußerte: Widerstand gegen den Beschluß von Versailles würde eine Katastrophe für die Bundesgenossen sein. Es sind jedoch Anzeichen vorhanden, daß das persönliche Element in diesem Gegenstand jetzt gemindert wird.

Die Krankheit Lloyd Georges, von der in diesen Tagen von der Tribüne des Unterhauses herab die Rede war, ist beendet: das Unterhaus nimmt den Versailler Kriegsratsbeschlüsse in Kauf, um Lloyd George auf seinem Posten halten zu können. Das aber bedeutet, daß diesem Manne in allen Dingen, die den Krieg betreffen, mehr noch als bisher diktatorische Befugnisse überlassen werden. Damit wächst allerdings die Reibungsgefahr zwischen Parlament und Regierung.

Im Augenblick ist diese Gefahr durch Nichtstellen der Vertrauensfrage ausgeschaltet und verhilft worden, aber versagt das Versailler Experiment der Alliiertenkriegführung, so dürfte Lloyd George dort angelangt sein, wo die Liquidation als unausweichliche Forderung des Tages vor ihm aufsteigt, und es wird dann erst recht schwer halten, eine Regierung zu finden, die bereit wäre, das heiße Erbe seiner Kriegspolitik anzunehmen und auf seiner Bahn weiter zu führen. Vielleicht hat den jetzigen Sieg Lloyd Georges eben dieser Grund erleichtert: im gegenwärtigen Zeitpunkt ist nirgendwo Lust vorhanden, die drohenden Wirkungen und Folgen seiner Politik auf den Nacken zu nehmen.

Mit diesem Thema hat auch der Ausgang des episodischen Kapitels zu tun, das durch den berühmten Brief Lord Lansdownes vor zwei Monaten begonnen wurde. Dies Kapitel begann wie ein Sturm und ebte mit auffallender Schnelligkeit wieder ab. Lloyd George blieb unerschütterlich und Lord Lansdowne fand sich zu freundschaftlichem Einvernehmen mit ihm zusammen. Man kann den Ausgang der Briefepisode ein gleichnisartiges Vorbild dessen nennen, was jetzt im Parlament zu Ende gebracht worden ist.

Amerika, der Versailler Kriegsrat und die Annexionsziele.

London, 19. Februar. (Neuer.) Der „Times“ wird aus Washington gemeldet:

Es ist jetzt möglich, die Haltung Wilsons und des Volkes der Vereinigten Staaten gegenüber dem Obersten Kriegsrat deutlich zu definieren. Die Vereinigten Staaten unterstützen alle militärischen Maßregeln, für die man sich in Versailles entscheidet, von ganzem Herzen, aber Wilson und die Amerikaner wünschen, sich, soweit es sich um rein politische Erwägungen handelt, ihre Bewegungsfreiheit zu wahren. Aus diesem Grunde werden die Vereinigten Staaten an rein politischen Konferenzen in Versailles nicht teilnehmen, sondern nur einen politischen Beobachter entsenden, der sich darauf beschränken wird, der Regierung der Vereinigten Staaten Bericht zu erstatten. Die Vereinigten Staaten sind ebenso sehr, wenn nicht noch mehr, daran interessiert, die deutsche Militärautonomie zu zerschmettern, wie irgendeine andere der alliierten Mächte, aber wenn dieses Ziel erreicht ist, werden sie an den rein europäischen Fragen, die territoriale Veränderungen betreffen, nicht so sehr interessiert sein, wie die Alliierten.

Amerika gibt damit seinen Alliierten die bittere Pille zu schlucken, daß es in bejahendem Zeitpunkt einzig wirtschaftliche Vorteile im Auge haben und für alles andere nur so weit Interesse zeigen werde, wie es für solche Profite in Betracht kommen kann. Die Bundesbrüder haben sich darauf einzurichten, daß sie die amerikanische Hilfe hinterdrein noch ganz besonders bezahlen müssen.

Der österreichische Ministerpräsident über den Frieden mit der Ukraine.

Vor vollstem Abgeordnetenhause gab Ministerpräsident v. Seidler die Einbringung des viermonatigen Budgetprovisoriums nach Rücksprache mit dem Minister des Auswärtigen bezüglich der nordöstlichen Verhältnisse folgende Erklärung ab:

Friedensschluß mit der Ukraine

Sind zwei Momente von ganz besonderer Bedeutung. Vor allem ist darauf hinzuweisen, daß laut Artikel 9 des Friedensvertrages sämtliche Bestimmungen desselben ein unteilbares Ganzes bilden. Was in diesem Vertrage der eine Teil an Zugeständnissen machte, hängt somit davon ab, daß auch der andere Teil seine Verpflichtungen erfüllt. Die Verpflichtung, welche die ukrainische Volksrepublik übernommen hat, besteht nun vor allem darin, daß sie und ihre Ueberbringer an landwirtschaftlichen Produkten zur Verfügung stellt. Es steht außer Zweifel, daß die in der Ukraine lagernden Getreidevorräte unergiebiglich größer sind als das Quantum, welches wir momentan transportieren könnten. Die Frage, ob und was wir an Getreide von der Ukraine erhalten, ist somit lediglich eine Frage der Erfassung des Getreides und des Transportes. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen sind bereits getroffen, und es ist Hoffnung vorhanden, daß die Lieferungen und noch im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr zugute kommen werden. Die ukrainische Republik hat ein wesentliches Interesse daran, uns die angeforderten Getreidemengen zu liefern. Denn, im entgegengesetzten Falle würden auch jene Teile des Bündnisvertrages, welche unsere Zugeständnisse an die Ukraine enthalten, hinfällig sein. Natürlich dürfen wir dabei nicht vergessen, daß ganz Rußland und auch die Ukraine von den Kämpfen des Bürgerkrieges geschüttelt wird, und daß die Schwierigkeiten des Transportes unter diesen Verhältnissen ganz außerordentlich groß sind.

Der andere wichtige Punkt des Vertrages ist die

Cholmer Klausel.

Von dem Vertreter der ukrainischen Rada und der österreichisch-ungarischen Regierung wurde gestern eine ergänzende interpretierende Erklärung zu dem Friedensvertrage unterfertigt, wonach das Cholmer Gouvernement nicht an die ukrainische Republik fällt, sondern über deren Los seinerzeit durch eine gemischte Kommission

Vorwarsch an der großrussischen Front — Erkundungsgefechte im Westen.

Amlich. Großes Hauptquartier, 20. Februar 1918. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Kritiker- und Minenwerferkampf. Größere Erkundungsvorstöße, die der Engländer westlich von Douchem, der Franzose bei Juvincourt und nördlich von Reims unternahm, wurden abgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Weiterwärts der Bahn Riga—Petersburg wurden die 20 Kilometer vor unserer bisherigen Front liegenden russischen Stellungen überschritten. Schwacher Widerstand des Feindes bei Inzecem nördlich der Bahn wurde schnell gebrochen.

Über Danaburg hinaus stießen unsere Divisionen in nordöstlicher und östlicher Richtung vor, zwischen Danaburg und Luck traten sie in breiten Abschnitten den Vorwarsch an.

Die über Luck hinaus vorgebrungenen Divisionen marschieren auf Rowno.

2500 Gefangene, mehrere hundert Geschütze und große Mengen an roßendem Material fielen in unsere Hand.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Berlin, 20. Februar 1918, abends. Amlich.

Im Osten gehen die Bewegungen vorwärts. Deutsche Truppen sind in Estland eingerückt. Wenden wurde in östlicher Richtung durchschnitten. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, 20. Februar. Amlich wird verkauft:

Auf dem Monte Vertica scheiterte ein feindlicher Angriff unter schweren Verlusten für den Gegner. — An der übrigen Front stellenweise lebhaftere Artillerietätigkeit. Die Truppen der Heeresgruppe Linzingen sind in der Richtung Rowno weiter vorgeückt.

Der Chef des Generalstabes.

Wien, 19. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Artikel des Friedensvertrages mit der Ukraine, der bezüglich der Grenzen den Status quo ante, wie er mit dem großrussischen Reich geherrschet hat, wiederherstellt, ist nunmehr vollkommen zur Durchführung gelangt. Seit gestern haben unsere Truppen das gesamte Gebiet bis zur Reichsgrenze ohne Zwischenfall besetzt.

nach ethnographischen Grundzügen und nach Anhörung der Wünsche der Bevölkerung bestimmt werden soll.

Die erwähnte gemischte Kommission wird aus Vertretern der vertragschließenden Teile und aus Vertretern Polens gebildet werden, und jede dieser Parteien wird die gleiche Anzahl von Delegierten in die Kommission entsenden. Die vertragschließenden Teile werden im Einverständnis miteinander bestimmen, zu welchem Zeitpunkt diese Kommission zusammenzutreten wird. Eine andere Lösung der nationalumstrittenen Cholmer Frage war nicht möglich, ohne den Frieden zu verderben. Die Herren vom Polenklub können nicht leugnen, daß ein großer Teil des Cholmer Gouvernements stark mit ukrainischer Bevölkerung durchsetzt ist und daß auch diese Region das Recht hat, gehört zu werden. (Beifall und Händeklatschen.) Ich gehe weiter. Die erste Pflicht der österreichisch-ungarischen Regierung war es, den Frieden zu erreichen. (Beifall und Händeklatschen.) Das, was in West geschaffen wurde, ist ein Friede für das Volk (Beifall und Händeklatschen), und niemand hätte es die Wälder Oesterreich-Ungarns verstanden, wenn wir diesen Frieden zertrüben, wenn wir die Möglichkeit, Getreide zu erhalten, abgewiesen hätten, nur deshalb, damit das Gouvernement Cholm in seiner ganzen Ausdehnung und bedingungslos an Polen falle. (Beifall. — Zwischenrufe bei den Polen.) Angesichts dieser Erwägungen muß ich auch gewisse Annahmen, die bezüglich der erörterten Frage über das Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland laut geworden sind, mit allem Nachdruck ablehnen. (Beifall und Händeklatschen links.) Nun zu Rußland. Die Petersburger Regierung steht mit Oesterreich-Ungarn, wie sie selbst erklärt, nicht mehr im Kriege und es wird nach menschlicher Voraussicht der Kriegszustand nicht wieder aufleben. Den deutschen Hülfsleistungen aus Estland und Livland folgend, entschloß sich Deutschland, weiter in das Innere zu marschieren, um jene unglücklichen Konnotationen, die in diesen Provinzen leben, vor dem sicheren Verderben zu schützen. (Beifall und Händeklatschen links.) Wir sind in vollem Einvernehmen mit unseren treuen Bundesgenossen zu dem Schluß gelangt,

uns an dieser militärischen Aktion nicht zu beteiligen.

Unter Hauptbeständen bleibt nach wie vor, den zahlreichen österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen, die sich noch auf russischem Boden befinden, aber nach dem Worte der russischen Regierung nunmehr in Freiheit sind, raschestens Hilfe zu bringen. Die dänische Regierung, der wir nicht genügend für ihre aufopfernde Hilfe danken können, ist das Menschlichste. (Beifall.) Seit Rußland den Krieg für beendet erklärte, sind bereits über 20 000 Kriegsgefangene an der Grenze eingetroffen. Der Zustrom hält an.

Ablehnung der Demission der polnischen Minister.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht kaiserliche Handschreiben an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, sowie an den Unterrichtsminister Cwiklinski und den Minister Twardowski, wonach der Kaiser gemäß dem Antrage des Ministerpräsidenten dem Ansuchen des Unterrichtsministers Cwiklinski und des Ministers Twardowski um Entbindung vom Amte keine Folge gibt und die beiden Minister seines fortwährenden Vertrauens versichert.

Silberfarb!

„Schonrrex und Verschwörer.“

Der neu ernannte Minister für jüdische Angelegenheiten in der ukrainischen Regierung, Dr. Silberfarb, ist, wie uns mitgeteilt wird, wirklich mit jenem Silberfarb identisch, dessen Namen seinerzeit dem Fürsten Wilow zu einem berüchtigten billigen Wigerfolg herholten hat. Silberfarb studierte im Jahre 1904 in Berlin und befatigte sich unter dem Decknamen Bagin als revolutionärer Publizist. Als er und mehrere seiner Gesinnungsgenossen von der preussischen Regierung ausgewiesen worden waren und sich

im Reichslage gegen solche Liebesdienste für den Jazismus bestiegen Protest erhob, antwortete ihm der damalige Reichskanzler Fürst Bällo am 20. Februar 1904:

Wenn diese fremden Nihilisten sich so maufsig machen, wie sie das in der letzten Zeit getan haben, wenn sie solche impertinente Erklärungen verfaßten, wie es die slawischen Studenten hier unter der Führung der Herren Wandelspamm und Silberfarb getan haben, so werde ich dafür sorgen, daß solche Leute ausgewiesen werden. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir sind in Deutschland noch nicht soweit gekommen, daß wir uns von solchen Schonrrexen und Verschwörern auf der Nase herumtanzen lassen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Die Welt ist rund und muß sich drehen, was oben war, muß unten sein. . . . Wilow ist längst a. D. und selber unter die „Schonrrex und Verschwörer“ gegangen. Denn er möchte gar zu gern wieder das werden, was Silberfarb inzwischen geworden ist: aktiver Minister!

Amerikanische Geschäfte in Finnland.

Petersburg, 19. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 17. Februar hatte der amerikanische Vot-schaffter Francis in der Botschaft in Petersburg eine Besprechung mit Mitgliedern der finnländischen revolutionären Regierung, dem Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten Sirolla und dem Kommissar für Lebensmittelversorgung Tokoy. Francis versprach den Vertretern der revolutionären finnischen Regierung seine Hilfe bei der schalenigen Versorgung Finnlands mit Getreide und anderen Erzeugnissen Amerikas. Amerika wäre im Begriff, zunächst eine große Menge Getreide an Finnland zu liefern und dem Lande Lebensmittel jeder Art für eine lange Zeitdauer zur Verfügung zu stellen.

Die Friedensströmung in England.

Bern, 18. Februar. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Aus den hier eingelangten englischen Zeitungen ergibt sich, daß Neuter wieder einmal den Inhalt einer wichtigen Unterhausdebatte, der vom 14. Februar, in wesentlichen Punkten falsch wiedergegeben hat. Die Aussprache, die sich am die Rede Balfours angeschlossen, zeigte, daß die einem Verständigungsfrieden geneigte Richtung weit über die Gruppe der 28 hinausreicht, die für den pazifistischen Antrag Holtz gestimmt hat.

Im Sinne dieser Richtung äußerte sich u. a. auch Runciman, der frühere Minister im liberalen Kabinett Asquith. Er erklärte, es sei vor allem zu wünschen, daß die Vertreter der kriegführenden Regierungen zusammentreten, um einen Gedankenaustausch zu pflegen. Falls dies nicht durch die Regierungen selbst geschehen könne, solle es durch Vertreter der Demokratien in den kriegführenden Ländern gemacht werden. Der Arbeiterpartei-er Thomas sagte, seine Partei wünsche entschieden eine internationale Konferenz. Jede Regierung, die versuchen würde, die arbeitende Klasse von einer derartigen Konferenz zurückzuhalten, würde eine Verantwortung übernehmen, die ebenso verhängnisvoll für sie selbst wie die Lebensinteressen des Landes wäre.

Churchill über Streikverluste.

London, 19. Februar. Unterhaus. Bei der Beratung des Ergänzungskredits für das Munitionministerium erklärte Churchill, es sei zu bedauern, daß die englische Nation und die übrigen Länder infolge der immer wieder auftretenden Nachrichten über Streiks nicht erfahren, mit wie unbeschränkter Loyalität und Entschlossenheit die Herstellung von Munition in England durch 2 1/2 Millionen Männer und Frauen aufrechterhalten wird. Die Arbeiter der letzten sechs Monate seien erstaunlich. Die Verluste durch Streiks hätten ein Viertel bis 1 Proz. der Arbeitszeit in jedem Zweige der Kriegsproduktion betragen, könnten also einfach vernachlässigt werden. Freilich lägen zwei Streiktage mehr Schaden als durch zwei oder drei Arbeitstage wieder gutgemacht werden könne. Churchill erklärte weiter, die Erzeugung auf allen Gebieten der Kriegsindustrie sowohl von Artilleriematerial und Flugzeugen wie im Schiffbau sei in stetiger Zunahme begriffen und er erwarte trotz wachsender Schwierigkeiten in der Beschaffung vieler Materialien und der weiteren Entziehung von Arbeitern seitens der Armee eine noch größere Steigerung in den nächsten 6 Monaten.

Das Frauenwahlrecht für Kanada.

Amsterdam, 18. Februar. Einem hiesigen Blatt zufolge erzählt „Times“ aus Ottawa: Die Regierung beschloß, das Frauenwahlrecht für ganz Kanada einzuführen. Ein Gesetzentwurf darüber wird wahrscheinlich noch während dieser Session dem Parlament vorgelegt werden.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 19. Februar. Im mittleren Teile des Mittelmeeres haben unsere U-Boote 5 Dampfer und 10 Segler versenkt, wodurch hauptsächlich der Transportverkehr nach Italien geschädigt wurde. Vier der versenkten Dampfer, von denen einer italienischer Rationalität war, wurden aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Unter den Seglern befanden sich die italienischen Fahrzeuge Eterol, Ida, Caterina, Poff, Lafors, Paolo, Merigo, Gisa, Abo, Fanny mit Ladung: Häcker, Kohle beziehungsweise Strohholz.

Eine U-Bootsfalle in Gestalt eines Zweimastschmuckers wurde durch zwei Artillerietreffer eines U-Bootes schwer beschädigt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kleine Kriegsnachrichten.

General Tschermissoff vor Gericht. Stockholm, 19. Februar. Der frühere Kommandant der Nordfront, General Tschermissoff, der am 30. November, in der Nacht nach seiner Ankunft in Petersburg, verhaftet und in der Peter-Paul-Festung untergebracht worden ist, wird sich wegen böswilligen Verlassens der Front und der Bekämpfung aller Verordnungen der Bolschewiki zu verantworten haben.

Sudomlinow dankt den Bolschewiki. Dem Korrespondenten der amerikanischen „United Press“ gegenüber, der den früheren Kriegsminister des Jaren, General Sudomlinow, in seiner Zelle in der Peter-Paul-Festung besuchte, äußerte sich dieser — nach dem „Manchester Guardian“: „Ich bin Konfessionär und Monarchist, aber was mich anbetrifft, so segne ich den Tag, an dem die Bolschewiki zur Macht gelangt sind.“ Die Befreiung sei besser als während des Jazismus und der Kerenski-Regierung, von denen die letztere die schlimmste war.

Das Präsidium der Sowjetzentrale. Zum Vorsitzenden des Geschäftsführenden Hauptauschusses der Sowjets wurde Genosse Sierdnow, zu Mitgliedern des Präsidiums Muranow, Fran Spiridonowa, Kamkow, Binowiew und andere gewählt. Die Leitung der internationalen Abteilung wurde Petrov übertragen.

Oestliche Friedensfragen im Reichstag.

130. Sitzung, Mittwoch, 20. Februar, vorm. 11 Uhr.

Vom Bundesratsmitglied v. Bayer, v. Rühlmann.

In der Diplomatenloge die gegenwärtig in Berlin weilenden Mitglieder der ukrainischen Regierung.

Der Frieden mit der Ukraine.

Staatssekretär v. Rühlmann:

Der Frieden mit der Ukraine ist der erste Friedensschluß in diesem gewaltigen aller Kriege. Als die ukrainischen Abgeordneten in Brest-Litowsk klar erkannt hatten, daß das Petersburger Kabinett keine aufrichtige Friedenspolitik trieb, haben sie freundschaftliche Beziehungen zu den Mittelmächten hergestellt. Die Verhandlungen mit ihnen waren nicht sehr leicht, denn es wurden unerfüllbare territoriale Forderungen gestellt. Wir haben uns darauf beschränkt, die Grenze nach Westen zu ziehen. Die Lösung hat

bei den Polen lebhaft Kritik

erfahren. Wenn aber an dieser Frage der Friedensschluß gescheitert wäre, würde die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes ein solches Verhalten der Unterhändler auf das schärfste mißbilligt haben. Die Grenzableitung in einzelnen haben wir der Regelung durch eine Kommission vorbehalten, in der auch Polen vertreten sein wird. Dort können die ethnographischen Verhältnisse und die Wünsche der Bevölkerung in weitestgehendem Maße berücksichtigt werden. Der Streit um die Cholmer Grenze bringt die Gefahr mit sich, daß die Auseinandersetzungen über diesen Friedensvertrag zu einer Erörterung des ganzen politischen Zukunftproblems werden. Dafür wird später Zeit und Gelegenheit genug vorhanden sein. Rächst den politischen Erwägungen hat auch die Erwägung bei Abschluß des Vertrages mitgewirkt, daß die Ukraine über wesentliche Vorräte an Brotgetreide und Futtermitteln verfügt. Sowohl für uns wie in erhöhtem Maße für die österreichisch-ungarische Monarchie bildet der Austausch der in der Ukraine vorhandenen Ueberflüsse an Getreide, Futtermitteln und Rohstoffen gegen bei uns und in Oesterreich vorhandene Industrieprodukte ein ganz vitales Interesse. Reichskanzler Graf Hertling erklärt im Saal: Der Abschluß dieses Vertrages braucht den Abschluß des Friedens mit der bolschewistischen Regierung durchaus nicht zu gefährden. Ja, er war vielleicht überhaupt das einzige Mittel, Herrn Trozki zur Unterzeichnung eines befriedigenden Friedensvertrages zu bewegen. Mittlerweile sind neue Vorgänge eingetreten, welche für die Beziehungen mit Groß-Rußland, soweit es durch das bolschewistische Kabinett vertreten ist, von erheblichem Einfluß sein werden. Auf das erneute Vorgehen der deutschen Heere hat gestern das Volkskommissariat in Petersburg

einen Funkspruch an die deutsche Regierung

gerichtet, in welchem es nach einem einleitenden Passus über den Waffenstillstandsvertrag heißt:

„Der Rat der Volkskommissare sieht sich veranlaßt, in Anbetracht der geschaffenen Lage sein Einverständnis zu erklären, den Frieden unter den Bedingungen zu unterzeichnen, welche von den Delegationen des Verbundes in Brest-Litowsk gestellt waren. (Lebhafte Hört! Hört! — Bewegung.) Der Rat der Volkskommissare erklärt, daß die Antwort auf die von der deutschen Regierung gestellten genauen Bedingungen unverzüglich gegeben werden wird.“

Diese durch Funkspruch ergangene Mitteilung stellt nach den früheren bösen Erfahrungen, die wir mit Funksprüchen gemacht haben, kein für uns absehbare verbindliches Dokument dar. Wir haben der Petersburger Regierung mitgeteilt, wir hätten um eine schriftliche Bestätigung seines Inhalts an unsere Linie und haben eine Zusage erhalten. Damit haben wir den Frieden mit Rußland durchaus noch nicht in der Tasche. (Hört! Hört! und Sehr richtig!)

Ich würde einen solchen Eindruck hauptsächlich bedwegen befragen, weil ich der ehrlichen und aufrichtigen Friedensliebe des deutschen Volkes, welche von der Regierung in bestem Maße geteilt wird, Enttäuschungen ersparen möchte. Die Ansichten auf Abschluß eines Friedens mit der Regierung der Volkskommissare sind durch Abschluß des Friedens mit der Ukraine und durch den von uns jetzt ausgeübten militärischen Druck und durch das Scheitern gewisser Hoffnungen, die man sich zweifellos in Petersburg gemacht hat (Sehr richtig), erheblich besser geworden. (Beifall.) Aber der Freude über das große Ergebnis eines wirklichen Friedensabschlusses mit Rußland wollen wir uns erst hingeben, wenn die Linie unter den Dokumenten ist. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Gröber (3.):

Wir danken der Regierung für diesen ersten Friedensvertrag. Hoffentlich folgen ihm bald andere Verträge mit Groß-Rußland und auch noch anderen Gegnern. Der Friede mit der Ukraine ist die Durchbrechung des eisernen Ringes, der bisher Deutschland und seine Verbündeten umschloß. Zunächst eine kurze Bemerkung zu der Form des Vertrages. In unserer Drucksache ist zu Beginn als Vertreter für die kaiserliche deutsche Regierung nur Herr v. Rühlmann genannt. Bei der Unterzeichnung tritt aber

als Vertreter der Deutschen Obersten Heeresleitung

Generalmajor Hoffmann hinzu. (Hört! hört!) Generalmajor Hoffmann hätte selbstverständlich als Vertreter der kaiserlichen Regierung den Vertrag mit unterzeichnen können, aber die Oberste Heeresleitung kann nicht als Kontrahent neben dem Bevollmächtigten der Regierung auftreten. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Die Gefahr mit überwiegender polnischer Bevölkerung hätte man besser zu Polen geschlagen, während umgekehrt Verträge mit überwiegender ukrainischer Bevölkerung zur Ukraine gehören sollten. Es ist ein Fehler, daß man nicht gleich politische Vertreter wozogen hat, um so mehr, als man in Brest-Litowsk als ersten Grundlag das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgestellt hat. (Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Der Funkspruch, den uns Herr v. Rühlmann mitgeteilt hat, stellt uns vor eine ganz neue Situation. Es ist eine hoch erfreuliche Meldung, die da aus Petersburg gekommen ist, eine Meldung, die die zusammengefallenen Hoffnungen auf Frieden mit Groß-Rußland wieder aufleben läßt. Zwar hat der Staatssekretär seine Mitteilung mit einem gewissen Skeptizismus begleitet, aber auch er meinte doch, die Friedensaussichten wären dadurch erheblich besser geworden. Unsere Pflicht muß es

sein, dafür zu sorgen, daß diese Hoffnungen nicht von neuem zusammenbrechen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten es auch nicht für richtig, daß man die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen in Brest-Litowsk nur auf der russischen Seite sehen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Hört! Hört! und lautes Lachen rechts.) Es ist gut wenn wir der Wahrheit ins Gesicht sehen und dafür sorgen, daß bei weiteren Verhandlungen

nicht wieder dieselben Fehler

begangen werden. Das Ziel, das es zu erreichen gilt, ist so hoch und wertvoll, daß wenn es nicht erreicht wird, wir nicht in dem Gefühl dasitzen dürfen, als hätten wir nicht unsere volle Schuldigkeit getan. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Verfahren, mit dem man in Brest-Litowsk das Selbstbestimmungsrecht durchzuführen wollte, haben wir nicht in allen Punkten für richtig gehalten. Wir hoffen, daß in Zukunft nicht wieder dieselben Schwierigkeiten unendlich gemacht werden. In der alldeutschen konservativen Presse hat man die Schuld am Scheitern der Verhandlungen darin gefunden, daß Trozki und die russische Delegation ernstlich gar keinen Frieden, sondern die Sache nur verschleppen wollten. (Sehr wahr! rechts.) Wie unrichtig das ist, beweist der Funkspruch. (Lautes Gelächter rechts.) Ich werde den Beweis dafür antreten. Sie sind der Meinung, daß das militärische Vorgehen zum alleinigen und durchschlagenden Grund ist, die Volkshewitsch zum Frieden zu drängen glauben also, daß sie vorher nicht den Frieden wollten. (Sehr richtig rechts. — Zuruf: Die Revolution wollten sie! Das ist unrichtig. (Lachen rechts.) Ich muß dem entgegen treten, um zu verhindern, daß man nicht von neuem sich in diese ganz falsche Auffassung verrennt und daher dem Frieden Schwierigkeiten bereitet, die nicht notwendig wären. Was ist die Politik der Volkshewitsch gewesen? (Zuruf rechts: Nord und Ostschlag!) Es ist richtig, daß ihre Theorie auf die Hervorrufung einer internationalen Revolution ausging. (Hört! hört! rechts.) Es ist aber auch bekannt, daß die Volkshewitsch in der ganzen sozialistischen Internationale damit in einer kleinen verzweifelten Minderheit geblieben sind und daß sie uns deutsche Sozialdemokraten ganz besonders scharf angegriffen haben, weil wir nicht bereit waren, auf diese Taktik einzugehen, die wir für verheerend und ausichtslos hielten. Wir haben also gar keinen Grund, die Volkshewitsch etwa in Schuld zu nehmen. Es sind nicht unsere Leute, sie haben uns im Gegenteil stets auf das schärfste und rücksichtsloseste angegriffen. Wir billigen auch nicht ihr praktisch-politisches Verfahren, ihre Methoden der Verwüstung, den Terror, ihre Auseinandersetzung der Konstituante, aber es kommt darauf an, die Taktiken richtig zu sehen, denn nur darauf kann eine richtige Politik aufgebaut werden. Welches sind diese Taktiken? Welches ist der praktische Lebenslehre der Politik der Pragmatisten in Petersburg? Darauf kommt es an. Die Volkshewitsch sind die einzige Partei in Rußland gewesen, die

das Programm des sofortigen Friedens,

wenn nicht mit, dann gegen die Entente aufgestellt haben, und die einzelne Partei, die das praktische Programm des Sonderfriedens mit den Mittelmächten aufzustellen wagten. Mit diesem Programm des sofortigen Friedens haben sie die Massen in Rußland hinter sich gebracht. Mit dem Programm der internationalen proletarischen Revolution hätten die Volkshewitsch in Rußland keinen Hund hinter dem Ofen hervorgeholt. Die Gegner der Volkshewitsch in Rußland haben sie zunächst ausgelacht: ihr wollt einen demokratischen Frieden mit den Zentralmächten, das gibt es gar nicht. Aber als dann die Volkshewitsch ihr Friedensangebot hinausgehen ließen, kam von Oesterreich und Deutschland die Antwort: Jawohl, wir akzeptieren dies Programm als diskutabile Grundlage des Friedens. Diese Nachricht wurde in Rußland auf der einen Seite mit größtem Staunen, und auf der anderen Seite mit größtem Jubel aufgenommen. Ein englischer Berichterstatter schrieb damals: Wir sind aufs höchste überrascht durch dies Entgegenkommen, das ist ein ungeheurer Erfolg der Volkshewitsch. Und als dann am 23. Dezember 1917 in Brest-Litowsk die weitergehenden Erklärungen vom Grafen Czernin abgegeben wurden, steigerte sich der Jubel in Petersburg noch mehr. Die Volkshewitsch luden das Proletariat Petersburgs zu einer großen Jubel- und Friedensfeier auf den 30. Dezember ein. Wenn die Volkshewitsch den Frieden nicht wollten, warum jubelten sie dann, als der Frieden in greifbare Nähe rückte? Als dann freilich die Erklärungen vom 27. Dezember bekannt wurden, gab es

eine ungeheure Enttäuschung und Wut

bei den Volkshewitsch und großes Frohlocken bei ihren Gegnern. Hätten Sie (nach rechts) recht mit Ihrer Auffassung, daß die Volkshewitsch nicht den Frieden, sondern die Verschleppung der Verhandlungen und die proletarische Revolution gewollt hätten, so hätten die Volkshewitsch am 25. Dezember trauern und am 28. frohlocken müssen. Die Erklärungen vom 28. Dezember in Brest-Litowsk lieferten der Politik dieser Wut auf die Nerven, die die internationale Revolution haben wollten. Das beweist auch die Stellungnahme der Gegner der Volkshewitsch in Petersburg. Also die Volkshewitsch wollten einen sofortigen Frieden, aber natürlich einen demokratischen Frieden. Das gab ihnen die Rückendeckung für alles, was der Friede Rußland ebensowohl an Verlust von Land bringen konnte. Nun begreifen Sie, wie der 28. Dezember auf die Situation in Brest-Litowsk wirken mußte. Die Volkshewitsch mußten alles daran setzen, einen Frieden zu bekommen, bei dem sie das demokratische Gesicht wahren konnten. Daher ihr zäher Kampf. Sie hatten zwei Möglichkeiten: entweder einen Kooperationsfrieden zu schließen, weil sie nicht weiter kämpfen konnten, oder auf den Ausbruch der revolutionären Bewegung bei den Mittelmächten zu rechnen. Dieser letzte Gedanke trat natürlich wieder neu in den Vordergrund, nachdem der Friedensgedanke geschwunden war. Soweit Kader keinen Einfluß ausüben konnte, haben auch wohl Verschleppungstendenzen mit hineingespielt. Aber es ist ganz falsch, von da aus die Politik der Volkshewitsch verstehen zu wollen. Trozki hat offenbar bis zuletzt an dem Gedanken des Sonderfriedens festgehalten und hat sicher auch seine Schlusserklärung als eine Friedenserklärung gemeint. Unsere deutsche Delegation in Brest-Litowsk scheint ja anfangs auch die Erklärung der Russen in dem Sinne aufgefaßt zu haben, daß damit der Krieg im Osten beendet sei. So wurde die Nachricht bei uns auch aufgefaßt, Faktionen wurden herausgehängt, Schulfeiern veranstaltet, in verschiedenen Städten die Glocken geläutet. Dann kam aber in Deutschland offenbar unter militärischem Einfluß eine andere Auffassung auf. Man wollte die Situation militärisch möglichst ausnutzen. Die konservative alldeutsche Presse hat darüber geschrieben. Ihr Standpunkt, der Waffenstillstand sei erwidert und draus nicht gelündigt zu werden, ist anfangs auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bekräftigt worden. Auch hier trat ein Wandel ein. Ich halte die anfängliche Auffassung für richtig. Der Waffenstillstand konnte sein Ende finden entweder durch den Frieden oder durch die vorgezeichnete sechsbändige Kündigung. So hat auch die

russische Regierung dies aufgefaßt, wie der Funkspruch beweist, in dessen Eingang es heißt, daß die russische Regierung nicht annehmen konnte, daß die militärischen Feindseligkeiten sofort eröffnet werden würden, sondern der Meinung war, der Waffenstillstand besäße noch und damit sei die Möglichkeit für weitere Verhandlungen gegeben. (Hört! hört! b. d. Soz.) Das ist offenbar auch die Auffassung der österreichischen Regierung. Wir waren also in einer ganz verzwickelten Situation, und es ist zu begründen, daß durch die erneute Friedensbereitschaft Rußlands nun der Weg geöffnet wird, die Sache zum Guten zu führen. Freilich müssen gewisse Fehler auf unserer Seite vermieden werden. Wir dürfen ruhig annehmen, die russische Regierung will eheilig den baldigen Frieden und wenn wir das auch wollen, so muß er zustande kommen. Geht es nicht, so wird man fragen:

Wem trifft die Verantwortung?

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere erste Pflicht ist, wie gesagt, den Frieden herbeizuführen. Die Wilden (sozialistische) Subelkete, wenn eine Friedensmöglichkeit erschließt. Ihre Presse schreie, man müsse es Gott auf den Knien danken, daß die Engländer unser Friedensangebot feinerzeit abgelehnt hätten. Also diese Leute danken Gott auf den Knien, daß das Waffenstillstand weiter geht. (Munche rechts, Zurufe: Unerhörte Entstellung!) Eine Presse, die so arbeitet, ist geradezu unempfindlich. (Lebhaft Zustimmung links.) Wir sind es den Männern in den Säulen engländer und den Frauen zu Hause schuldig, den Frieden sobald wie möglich herbeizuführen. Nach der neuen Vereinfachungserklärung der russischen Regierung sollten die neu eingeleiteten militärischen Operationen zurückgenommen werden. Jedenfalls darf nicht der Anschein erweckt werden, als ob man in Groß-Rußland hineinmarschieren und dort etwa einen Regierungswechsel herbeiführen wolle. Das scheint man nämlich zu beabsichtigen. (Hört, hört! bei den Soz.) Schreibt doch die „Tägliche Rundschau“, wir werden jetzt Rußland zu einer Regierung verhelfen, die den Frieden bringt. (Hört, hört!)

Was die Vorgänge in Finnland, Estland und Litland anlangt, so handelt es sich vor allem in Finnland nicht um nationale Gegensätze, sondern um die soziale Revolution innerhalb Finnlands. Es ist eine falsche Vorstellung, als ob eine Invasion von Rußland nach Finnland die Revolution gebracht hätte. Ähnlich liegen die Dinge in Estland und Litland. In der Ukraine dagegen ist die große Mehrheit des Volkes hinter den gemäßigten Sozialisten. Aus all diesen Gründen wird es für uns notwendig sein, unsere Sicherungen auf das Heuherbe zu beschränken und vor allem

jede Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse zu vermeiden.

In der Ukraine müssen wir uns auf Sicherungen für den Abtransport des Getreides beschränken. In der Kritik des Vertrages mit der Ukraine schließt ich mich den Bemerkungen des Abg. Gröber über das Cholmer Gebiet vollkommen an. Die ganze deutsch-polnische Verständigungspolitik scheint zusammenzubrechen. Das muß verbütet werden. Nach einer Kritik der „Deutschen Tageszeitung“ scheint es, als ob die Oberste Heeresleitung hinter den angriffswilligen Plänen der Abwehr in Bezug auf Polen steht. Hier liegt die Quelle der Zwispaltigkeit unserer ganzen Ostpolitik. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Wesen der Ostpolitik ist eingeleitet auf Gewalt; bei ihren Mitteln und Zielen befindet sie sich in offenem Gegensatz zu jeder Politik der Verständigung. Sie kümmert sich nicht darum, was die Betroffenen über ihre Maßnahmen denken. Nach dem Grundgesetz „Teile und Herrsche“ bringt sie einen gegen den anderen auf; dazu ist im Osten natürlich die beste Gelegenheit. Man scheint einen neuen Balkan im großen Stil schaffen zu wollen. Im Gegensatz dazu wünschen wir geregelte Verhältnisse im Osten, mit denen sich jeder Teil zufrieden geben kann. Dann können natürlich nicht alle Wünsche restlos erfüllt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man kann die Ostfragen

nicht mit östlichen Mitteln und Methoden

lösen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist eine neue Zeit und sind neue Verhältnisse gekommen, die nur durch demokratische Politik gemeinert werden können; nicht durch einseitige Gewaltanwendung in einem „so will ich, so befehlt ich“, sondern durch Inbetrachtziehung aller Interessen können auf dem Wege vernünftigen Ausgleichs Zustände geschaffen werden, bei denen alle Beteiligten sich dauernd zufrieden geben. Nur so ist das große Kriegsziel im Osten zu erreichen: eine dauernde Friedfertigkeit dieser gewaltigen Gebiete und Völkermassen, eine dauernde politische und wirtschaftliche Annäherung zwischen Mittel- und Osteuropa. Damit würde auch die Position geschaffen, die uns jede Sicherheit nach Westen gewährt für den Fall, daß England den Krieg fortsetzt oder nach dem Krieg in feindseliger Haltung gegen uns verharrt. Dieses Kriegsziel ist das einzige, das im deutschen Interesse liegt und überdies weit alle Einzelfragen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Sedha (Pole):

Gerade vom Zentrum hätte ich nicht erwartet, daß es diesem Friedensvertrag zustimmen wird, der den Grundsatz „keine Annexionen“ auf das schärfste verletzt und eine vierte Teilung Polens darstellt. Die Zensur gestattet freilich nicht mitzuteilen, daß in Krakau und Lemberg bereits Blut geflossen ist wegen dieses Friedensvertrages. Der Redner verweist nun das vom der Zensur unterdrückt

Manifest des polnischen Regentens

an das Volk, worin gesagt wird, daß die Versprechungen der Zentralmächte sich als leere Worte erwiesen hätten und die neue Teilung als ein Akt der Gewalt gebrandmarkt wird. Der Redner bespricht eingehend die Cholmerfrage und behauptet, daß dieses Gebiet nach Recht, Gerechtigkeit und Bevölkerung zu Polen gehöre. Die Okkupationsbehörden haben dort eine systematische ukrainische Propaganda durch polnische Ukrainer gebildet, man versprach den Leuten sogar Aufstellung des Herrenlandes, wenn sie sich als Ukrainer bekennen würden. (Puff bei den Polen.) Wir bitten Sie, diesem Friedensvertrag nicht zuzustimmen. (Zuruf bei den Nationalliberalen: Was denken Sie denn von uns? — Beifall bei den Polen.)

Abg. Dobe (Sp.):

Diesem Wunsch werden wir nicht Folge leisten, denn wir sind uns bewußt, hier in der deutschen Volksvertretung zu sein. (Beifall.) Den bolschewistischen Funkspruch betrachten wir nicht so optimistisch wie Dr. David, denn wir wissen nicht, welche Nacht hinter Trozki und Kader liegt. Aber hoffen wir das Beste und freuen wir uns, wenn aus der Verwüstung einzelne Inseln auftauchen, aus denen künftig Staatsgebilde werden können. Die Polen sollten nicht vergessen, daß die Zentralmächte erst den Grund zu ihrer Staatlichkeit gelegt haben. Für uns muß das Interesse des deutschen Nationalstaates maßgebend sein, wir können

keine weitere fremdnationale Belastung

brauchen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir legen entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß etwa unter dem militärischen Gesichtspunkt solche Annexionen erfolgen. Die Leistung der Verhandlungen darf nur bei dem uns verantwortlichen

Reichskanzler liegen und nach dieser Richtung muß uns die Unterschrift der Obersten Heeresleitung unter dem Ukrainefrieden sehr vorichtig machen. Wir begreifen nicht, daß die Weststaaten in die dargebotene Hand nicht eingeschlagen haben, aber wir sehen auch in den Völkern des Westens die Friedensströmungen wachsen und erhoffen davon ein baldiges Ende des furchtbaren Krieges zum Gebrechen des gesamten Seins aller Völker. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (natl.):

Wir danken Herrn v. Kühlmann für seine erfolgreiche Arbeit. Die Unterzeichnung auch durch General Hoffmann bedarf zwar noch der Aufklärung, aber die Formfrage ist von geringer Bedeutung, zumal der Inhalt allgemein gebilligt wird. Bei künftigen Friedensverhandlungen aber wünschen wir, daß das Deutsche Reich einheitlich vertreten sei und nicht einzelne Bundesstaaten besonders. (Zustimmung.) Dr. David wollte wohl ursprünglich eine andere Rede halten. Er war ganz befangen in der Kritik der deutschen Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht widerspricht der sozialistischen Idee von gewaltigen Wirtschaftseinheiten. Die Volkswirtschaft nennen es eine bürgerliche und antirevolutionäre Erfindung, und erklären, es müsse nötigenfalls durch Waffengewalt gebrochen werden. Ein Maximalistenblatt erklärte, Finnland gehöre aus historisch-geographischen Gründen zu Rußland — also aus jenen Gründen, die man bei uns immer gleich als „Alldutsche“ bezeichnen. Trotzis Austritten war Friedensobstruktion, er dachte immerzu auf das Echo revolutionärer Bewegungen aus Berlin, Wien und Budapest. Frieden mit Rußland kann nur geschlossen werden unter folgenden Bedingungen: Räumung Ostlands, Livlands und Finnlands, sofortige Freilassung aller von den Bolschewiki verhafteten Balten und Finnen und Anerkennung der Ukraine. Vorher dürfen wir unsere militärischen Maßnahmen nicht einstellen. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Worte, die der „Vorwärts“ den deutschen Unterhändlern nach Brest-Litowsk mit auf den Weg gab, sie händeln dafür, daß sie mit dem Friedensschluß zurückfallen, so hätte er ihre Haltung ebensowenig wie die heutige Rede Dr. Davids unsere Stellung gegenüber Trotzki gefährdet hat. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Es ist ganz unangebracht, wenn von den Freunden einer Verständigung mit einem großen starken Rußland der deutschen Regierung ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß sie gerade zur rechten Zeit die Ukraine ausgegliedert und dadurch erst Trotzki heutiges Angebot hervorgerufen hat; wir haben doch nicht mehr das große gewaltige Rußland von einst. (Sehr richtig!) Bei den Nationalliberalen.) Wenn die Polen von einer vierten Teilung sprechen, so ist das übertrieben. In Oesterreich wäre ein Minister gesteinigt

ein Minister gesteinigt

worden, der die Friedensmöglichkeit mit einem 30-Millionen-Volk daran hätte scheitern lassen, daß das Gouvernement Chom bei Polen bleiben müsse. Was hat man denn polnischerseits getan, um sich ein Anrecht auf die deutsche Sympathie zu sichern? (Stürmische Zustimmung.) Der österreichische Polen-Club verlangt die Loslösung deutscher Gebiete — ich habe keinen parlamentarischen Ausdruck dafür. (Erneute Zustimmung.) Jetzt heißt es, daß die polnischen Legionäre mit den Maximalisten unterhandeln; so weit geht unsere Geduld nicht, daß wenn die Polen keine Armee für Deutschland gehabt haben, sie nun etwa eine gegen uns aufstellen! (Stürmischer Beifall und Handklatschen im Hause und auf den Tribünen.) Wir haben kein völkisches Interesse an einer Vermeerung polnisches Landes in Deutschland; sollte das als strategische Grenzicherung notwendig sein, so nehmen wir es hin, aber nicht um Land zu gewinnen. Den Ukrainevertrag hat man bei uns auffallenderweise bedeutend lächerlicher beurteilt als in Oesterreich. Man hat uns sogar das Recht bestritten, mit einem Staat wie der Ukraine, der doch keine rechten Grenzen hat, überhaupt einen Vertrag zu schließen. Von diesen Theorien des Herrn Ledebour wird das deutsche Volk nicht satt, da ist uns das Getreide aus der Ukraine lieber. (Heiterkeit.) Rußland kann ohne die Ukraine nicht leben; daher ist auch seine heutige Friedensbereitschaft angefaßt der Gefahr der Abschneidung von Rußland durch unseren Vormarsch zu erklären. Die Abschächtung der deutschen Bevölkerung in den baltischen Provinzen dürfen wir als Volk von Ehre nicht ruhig zulassen. (Lebhafte Zustimmung.) Im übrigen müssen wir uns bewußt bleiben, daß der Friede nur herbeigeführt wird durch das Schwert. So werden wir hoffentlich auch im Westen, wenn uns die Feinde zu der letzten großen Kraftanstrengung zwingen, durch den deutschen Sieg zu dem Frieden der Welt gelangen. (Lebhafte Bravo! im Hause und Handklatschen auf der Tribüne.)

Abg. Graf Westarp (L.):

Wir begrüßen den ukrainischen Vertrag Die Ausführungen des Abg. Sebba enthielten unglaubliche Uebertreibungen. Das ganze Vorgehen der Polen beweist einen großen Mangel an politischer Reife. (Sehr richtig, Laruke bei den Polen.) Ohne die Abtrennung des Cholmer Gebiets war der Frieden mit der Ukraine nicht zu haben. Daher ist es mir unverständlich, warum gerade die Sozialdemokraten die am entschiedensten den Frieden verlangten, jetzt so die polnischen Wünsche vertreten. Lebhaft zu begrüßen ist das Wiederentdecken der militärischen Allionen im Osten, als sie notwendig wurden. (Bravo rechts.) Die Darstellung des Abg. David, als ob wir Gott auf den Knien danken, wenn eine Friedensausicht gerettet, muß ich als unehrliche, gehässige Verleumdung zurückweisen. (Bravo rechts, große Laruke bei den Soz.) Ruruf: Sie haben am 12. Dezember 1918: „Skandal“ gerufen! Wir wollen genau wie Sie den Frieden. (Lachen bei den Soz.) Wenn Sie das Gegenteil behaupten, reden Sie gegen besseres Wissen. (Erneute Laruke bei den Soz. Ruruf: Schamloser Geselle, Vizepräsident Dose ruft den Zwischenrufer zur Ordnung.) Und trennen lebhaftig Meinungsverschiedenheiten über die Mittel, die zum Frieden führen. Die jetzt mit dem Untergang bedrohte uralte deutsche Kultur in den baltischen Provinzen zu retten. Ich für uns eine Pflicht der deutschen Ehre und der Menschlichkeit. Wir erwarten, daß von den Russen

die völlige Räumung auch von Ostland und Livland

verlangt wird. Redner erörtert weiter die polnische Frage. Wir können jetzt nicht mehr darauf rechnen, daß jenseits der deutschen Ostgrenze ein Polenreich entsteht, das mit uns in wirklicher Freundschaft verbunden ist. Daher dürfen wir unsere Stellung zu der polnischen Frage nur noch maßgebend sein die militärischen Sicherungen. In dieser Frage ist für uns das Urteil der Obersten Heeresleitung unbedingt maßgebend. (Bravo rechts.) Kein Frieden wird im deutschen Volke Verständnis finden, der nicht wenigstens moralisch auch die Unterschriften von Hindenburg und Ludendorff trägt. (Beifall rechts.)

Abg. v. Ostern (D. Fr.) begrüßt den Ukrainevertrag und wendet sich insbesondere gegen die polnischen Ansprüche.

Abg. Ledebour (Unabh. Soz.):

Daß Graf Westarp und seine Freunde auch einen Frieden wollen, will ich ihm durchaus glauben. Es fragt sich nur, was für einen Frieden. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Nach unserer Auffassung muß es sich um einen Frieden der Verständigung handeln, der keinen Stachel bei den anderen Völkern zurückläßt. Trotz seiner Entrüstung über den gleichen Vorwurf des Abg. David hat Graf Westarp seinerseits sich nicht gescheut, Herrn Trotzki vorzuwerfen, er wolle nicht ehrlich den Frieden. Leider hat sich auch Herr v. Kühlmann auf diesen Standpunkt gestellt. Ein Zeichen, wie der Wind weht, war auch die Art, wie Herr v. Kühlmann mit einem Stimmenaufwand, um den ich ihn beneiden könnte (Heiterkeit) gegen die Polen lobbyierte.

Die definitive Stellungnahme zu dem neuen russischen Friedensangebot müssen wir uns vorbehalten, bis die Bedingungen bekannt sind, unter denen der Friede geschlossen wird. Eine Ver-

gewaltigung der Russen, wie sie sich auch wackern sollte, müssen wir bekämpfen. Jedenfalls ist die deutsche Regierung jetzt auf die Probe gestellt, ob sie ehrlich den Frieden will. Sie muß sofort den weiteren Einmarsch der deutschen Truppen in Rußland einstellen. (Oh, rechts.) Herr Stresemann hat mich einen Legitimisten genannt, weil ich gegen Verhandlung mit dem neuen Staate sei. Ich habe aber nur auf den Gegensatz hingewiesen, daß man vor Finnlands Anerkennung durch uns die durch Rußland forderte, bei dem ukrainischen Staate aber nicht. Es beginnt sich ja schon zu verflüchtigen. Seine Sondervertreter in Brest hatten dieselbe Stellung, wie der Vertreter Bayerns auf unserer Seite. Was würden Sie sagen, wenn im Falle einer Niederlage Deutschlands die Vertreter Bayerns eine Haltung einnehmen würden, wie jetzt die der Ukraine. (Sehr richtig bei den Unabh. Soz.) Die Kundgebungen aus den Randländern für Angliederung an Deutschland kommen nicht von den Völkern. (Ruruf rechts: Ist uns egal!) Ja, Sie erkliden darin nur den Vorwand für Eroberungszüge. Herr Stresemann sprach sich ja auch für Annexionen aus, die von der obersten Heeresleitung gefordert würden, von den beiden

Halbägtern Hindenburg und Ludendorff.

(Nähe des Vizepräsidenten Baasche. — Ruruf äußerst links: Höhenbilder. — Neue Nähe des Vizepräsidenten.) Für uns ist dieser Friedensvertrag völlig unannehmbar, denn er verletzt das Selbstbestimmungsrecht. Dieser würde vollst. gewahrt, wenn wir den Frieden machen würden. (Große Heiterkeit.) Die Haltung in der Cholmer Frage ist wieder einmal eine der Unbegreiflichkeiten der deutschen Diplomatie, die sich so oft in diesem Kriege als unzulänglich erwiesen hat. In etwas Geizidee aus der Ukraine zu erhalten heißt man 20 Millionen Polen vor den Kopf. Ich habe innerlich die Hände gerungen (Heiterkeit), als ich gestern hörte, daß wirklich Erwägungen über eine Annexion polnischen Gebietes aus strategischen Rücksichten bestehen. Wir erwarten, daß der Reichstag einmütig ein solches Annexion ablehnt. Erst wenn das Proletariat seine Macht in die Waagschale wirft, wird ein wirklicher Verständigungs-frieden möglich. Dann wird ein in allen Ländern ausbrechender Massenstreik die Gewaltmenschen auf die Knie zwingen, der Welt den Frieden bringen und schließlich zum endgültigen Siege des Proletariats führen. (Lebhafte Beifall bei den Unabh. Soz.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole):

Sie werden es Ihrem Alterspräsidenten verzeihen, wenn er weiter zurückdreht. Fürst Bismarck hat die antipolnische Politik in Preußen nach dem Kulturkampf eingeleitet. Wir hoffen und glauben, daß unser gutes nationales Recht uns werden wird und daß wir im alleuropäischen Verständigungsfrieden auch unsere staatliche Selbständigkeit wieder erlangen werden. Auch die Polen haben ihre Blut in allen Kriegen für Deutschland vergossen, aber Dank haben sie nicht erhalten, sie haben es vergossen auch für Polen, denn ein ehrenhafter Soldat kämpft für sein Volk nicht für ein fremdes. Der Ukrainefrieden hat mit einem Schlage das ganze polnische Volk geeinigt. Dem polnischen Volk ist die Wort gefalzen worden. Der ganze Rott der Nation mußte explodieren, als auch die letzten Zusagen nicht eingehalten wurden.

Staatssekretär von Kühlmann:

Es ist kritisiert worden, daß General Hoffmann an den Verhandlungen in Brest-Litowsk als Vertreter der Obersten Heeresleitung teilgenommen hat. Dies ist auf Vorschlag des Reichskanzlers von Seiner Majestät befohlen worden und die Gründe dafür waren verschiedenartig. Sie lagen einmal in der organischen Verknüpfung der Waffenstillstandsverhandlungen, bei denen die Militärs im Vordergrund standen mit den weiteren Friedensverhandlungen, dann mit der Tatsache, daß die Verhandlungen in einem besetzten Gebiete stattfanden und zu einer Zeit, wo an einer Reihe anderer Fronten der Weltkrieg weiter tobte. Ferner war der Verhandlungsort vom Sitz der Zentralregierung und der Obersten Heeresleitung räumlich sehr weit entfernt, so daß es notwendig wurde, daß ein Vertreter der Obersten Heeresleitung deren Stellungnahme in jedem Augenblick unmittelbar darlegen konnte. Der Delegierte der Obersten Heeresleitung hatte nur im Einvernehmen mit dem politischen Leiter der Delegation an den Verhandlungen teilzunehmen und in sie einzutreten. Er war nicht Bevollmächtigter, sonst hätte er einfach die Anweisungen des Reichskanzlers auszuführen gehabt, sondern ein Vertreter der Obersten Heeresleitung. Dieser Mechanismus hat sich sehr gut bewährt. Der Ruruf ist übrigens nicht neu, sondern schon früher bei den Friedensverhandlungen im Haag geübt worden. Ich nehme an, daß der Reichskanzler beabsichtigt, auch bei weiteren Verhandlungen ebenso vorzugehen.

Abg. Gruber (Z.): Ich habe nicht die Teilnahme des Generals Hoffmann kritisiert, sondern nur die formell verschiedene Behandlung dieser Angelegenheit im Hauptvertrag und im Zusatzvertrag. Einmal ist er als Bevollmächtigter, das andere Mal als Vertreter der Obersten Heeresleitung neben den Bevollmächtigten bezeichnet. Jedenfalls darf nicht die Meinung entstehen bei der Obersten Heeresleitung, daß es zu dem ordentlichen Abschluß eines Friedensvertrages gehört, daß ein von der Obersten Heeresleitung besonders instruierter Vertreter dabei gewesen ist.

Damit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. David (Soz.): Graf Westarp hat mit sehr heftigen groben Ausdrücken Stellung genommen gegen meine Bemerkung, daß gewisse Leute Gott auf den Knien danken, wenn Friedensausichten zustanden würden. Er hat das auf sich und seine Freunde bezogen. Dazu habe ich ihm keinen Anlaß gegeben. Es ist aber interessant, daß Graf Westarp sich selbst mitgetroffen fühlt, wenn man auf die Alldutschen schlägt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er weiter behauptete, ich hätte diese Ausführungen wider besseres Wissen gemacht, so steht dem die Tatsache gegenüber, daß die ähstlichen Worte verschiedentlich in der „Achtelsten Presse“ gedruckt haben. Dieser sein Vorwurf geschah also ohne besseres Wissen. Sein weiterer Angriff, meine Darstellung der bolschewistischen Politik in Brest-Litowsk bedeute eine Parteinahme für das Ausland, bewegt sich auf so tiefem Niveau, daß sie mich nicht erreicht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Westarp (L.): Wir müssen uns allerdings getroffen fühlen, wenn die Alldutschen angegriffen werden, denn es ist in diesem Hause und auch draußen zum Widerspruch genooden, jeden, der für einen starken Frieden eintritt, unter den Namen „Alldutsche“ zusammenzufassen. Im übrigen sind die Äußerungen der alldutschen Presse jedenfalls nicht so aufzufassen, wie das Herr David hinstellte, als ob die Verleumdung darüber ausgebrüllt wird, daß das Massenmorden weitergeht.

Der Vertrag mit der Ukraine wird an den Hauptaus-schuh überwiesen. Es folgt die erste Beratung der Entwürfe eines Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und eines Gesetzes gegen die Verhinderung der Geburten. Beide Gesetze werden auf Antrag des Abg. v. Calder dem Ausschuh für Bevölkerungspolitik zur Beratung überwiesen. Angenommen werden bei dieser Gelegenheit die Anträge dieses Ausschusses, die dem

Schuh für Mutter und Kind

dienen sollen. In diesen Anträgen wird ein Mindestmaß von Arbeiterschutz während der Kriegszeit, für weibliche und jugendliche Arbeiter in der Regel Arbeitsschutz bei regelmäßigem Tag- und Nachtbetrieb für sie und völlige Ausbeziehung mindestens an jedem zweiten Sonntag für sie verlangt. Außerdem wird Wöchnerinnen-schutz während 10 Wochen unter entsprechender Ausdehnung des Reichswohngesetzes, besondere Schutzvorschriften für die Beschäftigung mit giftigen und explosiven Stoffen und schleunige Durchführung des Heimarbeitergesetzes vom 30. Dezember 1911 gefordert. Hieran schließt sich das Verlangen nach Wiederherstellung einer ausreichenden Gewerbeaufsicht, die Verbehaltung der „anständigen Lohnklausel“ in amtlichen Lieferungsverträgen und weiter der Schöpfung und Ausdehnung der Säuglingsfürsorge.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Schleuniger Antrag Albrecht und Genossen (Unabh. Soz.) auf Ostentlassung des Abg. Dittmann; zweite und eventuell dritte Beratung des Friedensvertrages mit der Ukraine. Schluß 6 1/2 Uhr.

Armenunterstützung und öffentliche Rechte.

Von Rudolf Wissell.

§ 2 der preussischen Wahlrechtsvorlage handelt vom Ausschuh vom Wahlrecht. Er ist nach den Berichten über die Ausschuhberatungen nunmehr in einer Fassung angenommen worden, die den lebhaftesten Widerspruch hervorgerufen muß. Offenbar handelt es sich noch nicht um die endgültige Fassung, denn die Berichte besagen, daß eine Anzahl von Anträgen für die zweite Lesung zurückgestellt worden seien. Es kann also noch eine Änderung erfolgen. Sie ist dringend notwendig.

Nach der Fassung des § 2, wie ihn die Wahlrechtskommission des Abgeordnetenhauses gebilligt hat, sollen vom Wahlrecht ausgeschlossen sein Personen, die entmündigt sind oder unter vorläufiger Vormundschaft stehen, über deren Vermögen das Konkursverfahren schwebt, die der bürgerlichen Ehrenrechte entbehren, denen die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgeht, die unter Polizeiaufsicht stehen und die während des letzten Jahres eine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten haben. Hierunter sollen nicht die Pflege oder Unterstützung des Wählers oder eines seiner Angehörigen in Krankheitsfällen, die Anstaltspflege eines Angehörigen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen, vereinzelte Unterstützungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage und Unterstützungen die erstattet sind.

Diese Fassung entspricht der des § 3 des Wahlgesetzes für den Deutschen Reichstag vom 31. 5. 1869, mit Berücksichtigung des Gesetzes betr. die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte vom 15. 8. 1909. Durch dieses letztgenannte Gesetz ist bestimmt worden, daß Unterstützungen der arten in Sperrdruck angegebenen Art für den Verlust öffentlicher Rechte nicht als Armenunterstützung gelten. Es hat die Landesgesetzgebung nicht berührt, sondern gilt nur für das Reichsrecht. Für Preußen galten bisher auch solche Unterstützungen als Armenunterstützung und schloß ihr Bezug vom Wahlrecht zum Landtag aus. Die jetzt beschlossene Fassung stellt also einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Recht dar. Dieser Fortschritt aber genügt nicht. Es entspricht nicht unserer heutigen sozialen Einsicht, den Bezug einer öffentlichen Unterstützung mit der Wirkung des Verlustes staatsbürgerlicher Rechte zu umkleiden.

Gerade die Beeinträchtigung öffentlicher Rechte — und auch die dauernde Aussicht über den Unterfahnen — bilden der Armenunterstützung einen erniedrigenden, beschämenden Charakter auf. Deswegen — und weil die Armenunterstützung nur das zum Leben Notwendige gewährt — sind die Gemeinden durch mehrfache Ministerialerlasse darauf hingewiesen, daß bei einer auf den Krieg zurückzuführenden Notlage die Kriegswohlfahrtspflege einzutreten habe. Damit ist anerkannt worden, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die in letzter Linie die Zuanpruchnahme öffentlicher Mittel bedingt. Wie wird es nun nach dem Kriege sein? Mit dem dann eintretenden Fortfall der Kriegswohlfahrtspflege werden viele Tausende der bisher von ihr Unterstützten der Armenpflege anheimfallen. Das bedeutet für diese eine soziale Keutung, wenn nicht für die Armenpflege die Schlußfolgerung gezogen wird. Was für die Kriegszeit recht war, wird für die Zukunft billig sein müssen. Genau so, wie die vom Kriege geschaffenen Verhältnisse für viele Personen Notlagen geschaffen haben, deren sie nicht Herr werden konnten, schaffen auch die Friedensverhältnisse solche Notlagen. Daher wird auch die Armenpflege auf ein höheres Niveau zu stellen sein. Die erste Maßnahme ist die Beseitigung aller erniedrigenden Rechtsfolgen.

Ich zweifle nicht, daß unter den zurückgestellten Anträgen auch solche sind, die das Wahlrecht unabhängig vom Bezug einer Armenunterstützung machen wollen. Haben sie Erfolg, wird in der Wahlrechtsvorlage für dieses Gebiet das erreicht sein, was eine soziale Auffassung gebietet. Zur Unterstützung dieses Antrages läßt sich aber verschiedenes sagen, was nur bei genauer Kenntnis des heutigen Armenrechts gesagt werden kann. Da diese Kenntnis nicht ohne weiteres bei den Landtagsabgeordneten vorausgesetzt werden kann, sei es gesagt.

Heute ist es denkbar, daß jemand seines Wahlrechts verlustig gehen kann, weil eine andere Person, für die er nicht unterstützungspflichtig ist, Armenunterstützung bezieht. Es klingt unglücklich und trifft doch zu.

Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch sind Verwandte in gerader Linie und Ehegatten einander unterstützungspflichtig. Auch das nur mit bestimmten, hier nicht interessierenden Einschränkungen. Für das aus einer früheren Ehe seiner Frau stammende Kind ist ein Ehemann danach nicht unterstützungspflichtig. Und doch kann die einem solche Kinde gewährte Armenunterstützung den Ehemann um sein Wahlrecht bringen, denn diese Armenunterstützung gilt als ihm gewährt. Das ergibt sich auf Grund des sogenannten abgeleiteten Unterstützungswohnsitzes.

Der Unterstützungswohnsitz wird erworben durch Aufenthalt, Verehelichung und Abstammung. Nach zurückgelegtem 18. Lebensjahr ist der Unterstützungswohnsitz nach einjährigem Aufenthalt erworben. Beim Vorliegen armenrechtlicher Bedürftigkeit hat nun der Armenverband einzuspringen.

Die Frau erwirbt den Unterstützungswohnsitz des Mannes mit der Verehelichung und verliert damit den bisherigen. Da der Unterstützungswohnsitz der Kinder der der Eltern ist, so erwerben die eventuellen walerlosen Kinder einer sich verheiratenden Frau ebenfalls den neuen Unterstützungswohnsitz der Mutter, selbst wenn sie an einem ganz anderen Orte wohnen. Daraus ist es denkbar, daß, falls diese Kinder Armenunterstützung erhalten, die Verpflichtung zu deren Gewährung auf den Armenverband des Unterstützungswohnsitzes des Stiefvaters, von dem sich ja schließlich der der Kinder ableitet, übergeht. Die Kinder sind, wie es in der Terminologie des Armenwesens heißt, in die armenrechtliche Familiengemeinschaft des Mannes ihrer Mutter eingetreten. Die den Kindern gewährte Armenunterstützung gilt rechtlich als dem Manne gewährt, obwohl er den Kindern nicht unterstützungspflichtig ist und auch der Armenverband diese Unterstützung nicht vom Manne erzieht fordern kann. Es ist geradezu ein unglückliches Recht. Aber es besteht und bewirkt den Verlust des Wahlrechts dieses Mannes, selbst wenn er von der Existenz absolut keine Ahnung gehabt hat.

Dieses Armenrecht kann nur auf dem Wege der Reichsgesetzgebung geändert werden; die Wirkungen dieses Rechts können aber bei der Gestaltung der Wahlrechtsvorlage beseitigt werden. Am einfachsten dadurch, daß der Bezug einer Armenunterstützung keinen Einfluß auf das Wahlrecht erhält.

Quittung.

Zur Förderung des Kampfes für Frieden und Freiheit gingen in der Zeit vom 1. bis 15. Februar nachstehende Beiträge beim Unterzeichneten ein:

Monteur W. 3.—; Arbeiterkass. der Grobdruckerei Häberly u. Bauer, Berlin 30,30; W. R. u. Co., Schöneberg 2.—; A. Berlin 1,50; Soldat W. 2.—; A. L. V. 15.—; A. Berlin 1,50; ein Mitglied d. Deutsch. Eisenb.-Verb. 2.—; Volkswacht-Exped. Breslau, v. 9 Spenden 15,50; Geleit d. F. 2.—; Kreisf. ein. Städte d. 25.05; aus einer Heilbaderlei durch F. G. 65.—; E. Berlin, Wilmerdorf 25.—; D. M. Art. d. u. Kam. 26.—; Bez. Gr. Berlin, a. Konto Listenammlung 261.—; Bez. Brandenburg, a. Konto Listenammlung 1200.—; v. ein. alten Demokratin 10.—; Westenburg-Lübeck, a. Konto Listenammlung 1.—; 2. Angest. d. Allgem. Konf.-Ver. Chemnitz 6,05; Kunstmann G. 1.—; Kameraden der Bahnh.-Komp. ein. Natr.-Reg. durch A. 20,50; E. Sch. Berlin-Buchholz 15.—; mehr. Kam. ein. Natr.-Kol. durch Sch. 16.—; Kam. ein. Pionier-Feld-Komp. durch D. 40.—; Wührmann G. 2.—; A. R. Natr.-Komp. im Osten 5.—; Unteroff. E. R. u. Kam. 25.—; D. D. Natr.-Bion. Batt. 3.—; G. R. Berlin W 20.—; Namisch. ein. Württ. Feld-Art.-Reg. durch S. 30,50; mehr. Kam. ein. Landst.-Batt. im Osten durch W. 26,50; Bez. Mecklenb.-Vöbed a. Konto Listenammlung 988,70; Bez. Rassel a. Konto Listenammlung 250.—; „Saalburg“ 18,50; Neubaldenleben durch G. 10.—; Geleit d. F. 14.—; A. J. Straßenech (Schl.) 5.—; Kam. ein. Reich.-Schw.-Komp. 11.—; Bez. Görlitz, a. Konto Listenammlung 100.—; A. Sch. Schweigingen 3.—; W. Berlin S. 5.—; Geleit d. F. 2.—; Landst.-Kam. G. D. 2.—; Groß-Berlin, a. Konto Listenammlung 284,23; Bez. Leipzig, a. Konto Listenammlung 21,85; Bez. Nordwest, a. Konto Listenammlung 809,65; Geleit d. F. 10.—; Kranenträg. W. R. 4,45; J. Berlin 1,50; Wehrmann G. 1.—; Landst.-Kam. W. Sch. 23.—; Bez. Hamburg, a. Konto Listenamml. u. freim. Beitr. 8910,40; Kam. ein. reit. Batt. durch W. 34.—; Unteroff. G. S.—; Kam. S. u. Kam. 53,50; K. G. Kronfurt-Rödelheim 5.—; Kam. ein. reit. Batt. durch W. 67.—; Gef. v. E. S. Charlottenburg 19.—; Bez. Pommern, a. Konto Listenammlung 100.—; Bez. Hessen, a. Konto Listenammlung 130,15; W. R. Fr.-Oidendorf 5.—; D. W. Mannheim 20.—; G. R. Brin.-Västenberg 3.—; Konstantia 99,20; 8 Pioniere durch G. R. 5.—; G. R. Friedebach i. Ergsch. 10.—; Pachtzentr. St. 6.—; Kam. ein. Inf.-Reg. durch A. 10.—; Bez. Ostpreußen a. Konto Listenammlung 249,45; A. Sch.-Mit-Gleisweg 10.—; Bez. Braunkreis a. Konto Listenammlung 117,45; K. V. Hannover 7.—; Mar. Feldbahnbetz. -Kom. Nord-Landau 70; A. Berlin 3.—; Frau A. M. Zitt 5.—; Ehm. R. u. Landst. G. 4.—; L. R. 5,67 40.—; J. G. aus ein. Arm.-Batt. 15.—; Bez. Hamburg a. Konto Listenammlung 3801,85; Kam. ein. Inf.-Reg. durch W. 3. 68.—; Vizeleutn. G. L. 2.—; 3. Flieger d. Flugzeugmeister Adlerhof 3.—; 11 Mann ein. Feldmag. im Osten 15.—; Kanonier W. 2.—; Seefeldt G. 5.—; Höhrer A. R. 2.—; G. R. Frankfurt a. M. 3,50; Bez. Magdeburg-Land. 1181,15; Leichenwerkst. G. D. 4.—; Kanonier W. R. Osten 5.—; Geleit d. F. 3.—; Aus einer Art.-Verf. durch J. 112,50; Landst.-Kam. W. J. 3.—; Kam. ein. Ferndr.-Abt. 7,05; Stoll. der Sattelbaumfabrik D. Jongenmüller-Berlin durch A. 12.—; Kam. einer Landst.-Geb.-Art.-Reg. durch D. G. 108.— Berlin, den 16. Februar 1918.

Der Parteivorstand.

Weitere Geldsendungen sind zu richten an: Otto Braun, Berlin SW 68, Pöndstr. 3; auch kann auf Postcheckkonto Nr. 7018 Fr. Bartels, Fr. Ebert, D. Braun beim Postfachamt Berlin eingezahlt werden.

Groß-Berlin

Die Einschränkungen im Straßenbahnverkehr treten nicht in Kraft!

Auf Veranlassung des Oberbefehlshabers in den Marken ist die Durchführung der von der Kriegskommission angeordneten Maßnahmen über Fahrpläneinsparungen, Linienänderungen sowie Einziehung von Haltestellen bei der Großen Berliner Straßenbahn und deren Nebenbahnen einstweilen aufgehoben. Es soll zunächst nochmals die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Einschränkungen nachgeprüft werden.

So ist denn der ungeheuerliche Mias, der heute in Kraft treten sollte, in letzter Stunde widerrufen worden und der Behörde blieb die Blamage erspart, die Undurchführbarkeit ihrer unbedachten Anordnungen durch die Praxis beweisen zu sehen. Damit erscheint uns aber die Angelegenheit selbst wenn der Mias, wie wir mit Bestimmtheit erwarten, nicht wieder aufsteht, noch keineswegs erledigt. Es wird zunächst nötig sein, festzustellen, wer die Schuld an dieser unerhörten Bedrohung des Berliner Verkehrslebens trägt, und im Anschluß daran werden energische Maßnahmen getroffen werden müssen, die eine Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse für die Zukunft unmöglich machen.

Die erste Frage ist dadurch kompliziert geworden, daß den Herren, die das Unheil angestiftet haben, wie seinerzeit bei der Gasversorgung, schließlich Angst und Bange wurde und keiner der „Verantwortlichen“ die Verantwortung übernehmen will. Das Kriegsam in den Marken hat erklärt, daß es die Anordnungen auf Veranlassung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung getroffen habe, und jetzt wird anscheinend offiziös mitgeteilt, daß der Reichskommissar über die ganze Angelegenheit „nicht genau informiert“ gewesen sei. Der jauchzende Teil soll ein Direktor Bettmar sein, der in der Reichsstelle für die Kohlenverteilung die Unterabteilung für Elektrizität leitet. Danach würde also eine Maßregel, die für das ganze Verkehrsleben der deutschen Reichshauptstadt von unvorstellbaren Folgen sein mußte, auf Veranlassung einer untergeordneten Stelle und über den Kopf der Behörden hinweg durch das Kriegsam in den Marken kurzerhand dekretiert worden sein. Angenehme Zustände im kassischen Lande der Organisationen und des Bureaukratismus!

Der Wiederholung ähnlicher Katastrophen Ereignisse muß unbedingt mit allen Kräften vorgebeugt werden. Dazu genügt es nicht, daß man jetzt irgendeinen mehr oder weniger belasteten Sündenbock in die Wüste schießt, sondern es ist unbedingt notwendig, daß der Reichskommissar für die Kohlenverteilung selber die unabwendbaren Konsequenzen aus dieser öffentlichen Vorfälle seiner Geschäftsführung zieht und einen Amt entkann, dem er, wie eine fortwährende Reihe von Mißgriffen beweist, in keiner Weise gewachsen ist.

Aus der Debatte für Arbeitsnachweis.

In der letzten Sitzung wurde mitgeteilt, daß der Arbeitsnachweis für die Holzindustrie dem Süddeutschen Arbeitsnachweis angeschlossen worden sei. Der Etat dieses Arbeitsnachweises bilanziert mit rund 20 000 M., von denen je 8 000 M. durch die Berliner Tischlerinnung und dem Holzarbeiterverband aufgebracht werden. Betont wurde, daß der Beitrag der Interessenten sehr niedrig sei. Es wurde beschlossen, den Anschlag mit der Maß-

gabe zu vollziehen, daß nach Friedensschluß mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zwecks Zahlung eines höheren Beitrages verhandelt werden soll. — Der Verband der Buchbinder als Vertragschließender bei dem paritätischen Arbeitsnachweis für das Buchbinder- und verwandte Gewerbe hatte im Februar 1917 dem Verein für Arbeitsnachweis mitgeteilt, daß er sich nicht mehr für verpflichtet erachte, den bisher gezahlten Beitrag von 800 M. weiter zu zahlen. Die 800 M. wären nur als Ablösung der Einreibebühr zu zahlen gewesen. Da mit Ausbruch des Krieges Einreibebühr nicht mehr erhoben wurde, so solle auch die Pflicht weg, die Ablösung zu zahlen. Der Verband erklärt sich bereit, denselben Jahresbeitrag zu leisten, wie ihn die Unternehmer zahlen. Beschlossen wird, dem Verband für das Jahr 1917 einen Nachschuß von 800 M. zu gewähren, so daß also 500 M. als Beitrag in Frage kommen. Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Arbeitsorganisationen über die Höhe ihres Beitrages schweben noch. Nach Abschluß derselben wird der Beitrag für die Arbeitnehmer festgesetzt werden. — In einzelnen Kuratorien ist strittig geworden, ob auch an die stellvertretenden Mitglieder der Kuratorien bei Teilnahme an Sitzungen Sitzungsgelder zu zahlen seien. Die Deputation entschied, daß die Zahlung nur dann erfolgen darf, wenn ein Stellvertreter an Stelle eines ordentlichen Mitgliedes die Sitzungen besucht. — Sobald von der Stadtdirektoratsversammlung die Gehaltsätze für die Angestellten beschlossen sind, soll mit denselben ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden. Sobald die Statuten der einzelnen Arbeitsnachweise endgültig vorliegen, die Verhandlungen mit einzelnen selbständigen Arbeitsnachweisen beendet sein werden, werden dieselben in Druck erscheinen.

Nervenkrankheiten

sind auch in der Arbeiterbevölkerung weit verbreitet. Man begrüßt, daß Prof. Dr. P. Schuster's Vortrag über „Entstehung und Verhütung von Nervenkrankheiten“, den die Zentralkommission der Krankenkassen an ihrem zweiten Vortragsabend bot, eine zahlreiche Zuhörerzahl anlockte. Die Entstehungsur-sachen unterschied Schuster in Einflüsse, die auf den Körper, und solche, die auf den Geist wirken. Durch Körpererschütterung führt zu nervösen Störungen und Nüchternungen nicht selten die bei der Arbeit erforderliche feste Wiederholung desselben Handgriffes, Temperatureinflüsse, nicht nur Hitze, sondern auch Kälte, können Nervenkrankheiten verursachen. Bei manchen Frauen entwickeln sich Nervenkrankheiten infolge von Schwangerschaft und Wochenbett, bei anderen in den Wechseljahren. Mitunter treten Nervenleiden bei Syphilis auf, und zwar noch 20 bis 25 Jahre nach Heilung der Syphilis. Schwere Gefahr erweist sich dem Nervenstamm aus dauernder Einwirkung von Giften, aus Vergiftungen durch Blei, Arsen, Quecksilber, wie sie bei Arbeitern oft vorkommen, aus übermäßigem Genuß von Kaffee, Tabak, Alkohol, aus Mißbrauch von Weine, Morphium, Narkotika. Bei der Entstehung von Nervenkrankheiten durch Einflüsse auf den Geist, durch Aufregung, Sorge usw., spielen Anlage und Empfänglichkeit eine wichtige Rolle. Besonders schädlich ist für die Nerven das Leben und Treiben der Großstadt, ihr Lärm und ihre Hast. Der Vortragende erwähnte, daß in gewissen Berufen die Gemüts-erregungen sich häufen, z. B. bei Lehrern, Künstlern, Spekulanten, Schachspielern. In einem Zwischenruf, der dem Sächselgebrauch der Schulleute galt, bemerkte er, der sei begreiflich, wenn auch nicht einschuldbar. Die Ratschläge zur Verhütung der Nervenkrankheiten kamen gegenüber den ausführlichen Darlegungen der Entstehungsur-sachen zu kurz. Beachtung verdient Prof. Schuster's Hinweis auf den Segen richtiger Erziehung, die Schutz gegen manche Nervenkrankheiten gewährt. Sie ist aber schwierig für Eltern mit angegriffenen Nerven, weil ihr Beispiel die Kinder verdirbt. An den Vortrag schloß sich, wie immer, eine Fragebeantwortung. Die Fülle der Fragen zeigte, wie stark der Wunsch nach Belehrung gerade über Nervenkrankheiten ist.

Der Nähgarntwucher.

Man schreibt uns: In der letzten Zeit wurden verschiedene Anzeigen ersandt, um zu zeigen, wie man Werte aus früher Wertlosm machen könne. Neben allerhand sonstigen Dingen konnte man auch Kleidungsstücke bewundern, die aus alten andrängerten oder aus der Mode gekommenen Sachen hergestellt waren. Für weite Kreise freilich nichts Neues. War es doch früher schon fast in allen mit Kindern besetzten Familien gang und gäbe, daß Mutter aus der vom Vater andrängerten Hufe Sonntagsstaat für den Ströbling hakte, und Mutters verbleibender Mod. dem alles Aufsäßen kein rechttes Ansehen mehr geben wollte, schließlich noch als recht brauchbares Schulkleid ein fröhliches Ausersehen ferierte! Wenn nun aus in den meisten Familien durch die lange Dauer des Krieges so ziemlich alles an alten Sachen verarbeitet worden ist, eine findige Hausfrau macht das scheinbar Unmögliche doch möglich, und sorgt dafür, daß ihre Kinder nicht allzu abgeriffen herumlaufen. Das wird den Frauen aber neuerdings wirklich unmöglich gemacht, denn an einem fehlt es gänzlich: a m n ö t i g e n N ä h g a r n ! Dieses hat einen Preis erklimmen, der es dem gewöhnlichen Sterblichen schwer macht, Nähgarn oder Zwirn zu kaufen. Vorangeht, man bekommt überhaupt Nähgarn, das in unierer neu etablierten Katalogwirtschaft ein beliebtes Austauschmittel für Eier, Butter, Käse, Milch und andere magentrevolutionierende Dinge geworden ist.

Soll eine hässliche Zeichnung im „Simplizissimus“, die eine Familie der ferneren Kriegszeit in fast paradiesischer Kleidung zeigt, nicht zum Teil zur bitteren Wahrheit werden, so wäre es wünschenswert, daß der Nähgarntwucher endlich ein Ende zu bereiten. Wenn es auf irgend eine Weise möglich gemacht wird — und es muß möglich sein — die vorhandenen Nähgarntbestände zu einem einigermaßen erisminalischen Preise der Bevölkerung zugänglich zu machen, dann wird noch manches alte Kleidungsstück durch entsprechende Umarbeitung brauchbar gemacht werden. Sonst aber wird bald die Zeit kommen, wo die Sachen in Lumpen zerfallen und alle, die nicht Kriegsgewinner sind, zum Schutz und Lebensunterhalt greifen müssen, um ihre Blicke zu deden.

Die neuen Gemüseverträge.

Die Entscheidung über die neuen Lieferungsverträge ist, wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst mittelt, jetzt gefallen. Die Vorarbeiten sind fertiggestellt und bereits in größeren Mengen versandt worden. Maßgebend bleiben nach wie vor die Bestimmungen der Verordnung vom 2. April 1917 über die Bewirtschaftung von Gemüse und Obst, die nicht geändert worden sind. Auf Grund der Erfahrungen des vorigen Jahres hat sich jedoch die Notwendigkeit ergeben, das Verfahren beim Abschluß und bei der Genehmigung von Lieferungsverträgen in einigen Punkten anders zu gestalten. Für 1918 gilt nun folgendes Verfahren:

Auch im Jahre 1918 haben sich die Bedarfsstellen (kommunale Verbände und Großverbraucher) mit Gemüse durch Lieferungsverträge über das noch nicht abgetretete Gemüse selbst zu versorgen. Zum Abschluß von Lieferungsverträgen über Gemüse im eigenen Namen oder im Namen der Reichsstelle für Gemüse und Obst (Geschäftsabteilung) sind außer dieser Befugnis 1. Bundes-, Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst sowie das Ernährungsam für die hiesigen Staaten in Weimar, hiesige und hiesige Kommunalverbände (Kreisvereine wie nicht kreisfreie), Großverbraucher unter besonderer Bedingungen und nur mit Genehmigung des für sie zuständigen Kommunalverbands, soweit es sich nicht handelt um militärische Dienststellen und gemeinverarbeitende Unternehmen, die bei der Gemüsekonsumtion Kriegsgemeinschaft in Braunschweig, der Kriegsgemeinschaft für Gemüse in Berlin oder der Abteilung Souveränität der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, angeschlossen oder sonstigen sind. Alle diese Stellen schließen die Lieferungsverträge nur mit Erzeugern oder Erzeugerverbänden ab, nicht mit Vertretern des Handels als Vertriebspartei. Dagegen bedienen sie sich des Handels als Beauftragten. Verträge, die Händler ohne

Auftrag selbständig mit Erzeugern geschlossen haben, werden nicht genehmigt.

Zur Obstversorgung.

In einer in diesen Tagen abgehaltenen Sitzung der Deutschen Pomologen-Vereins machte der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst Herr v. Tilly auch einige Mitteilungen über die diesjährige Obstversorgung. Danach sieht Deutschland in der Sicherstellung der Obstversorgung zur Volksversorgung an der Spitze. Einen Obstmarkt gibt es jetzt in keinem Lande. Unter den Anordnungen der Reichsstelle leide der Qualitätsobstmärkte, aber als Leiter der Reichsstelle habe er für den Verbraucher in den Großstädten zu sorgen. Den Handel habe die Reichsstelle bei ihrem System nicht ausgeschlossen. Der Handel sei frei bis zum 20. August 1917 gewesen. Aber was sei die Folge gewesen? Kein Apfel sei auf den Markt gekommen, und die Karmeladenfabriken hätten kein Obst zur Verarbeitung bekommen. Es habe daher zur Zwangsbeschaffung der ganzen Obstmenge geschritten werden müssen. Diese Maßnahme sei glücklich. Das Obst sei in solchen Mengen auf den Markt gelangt, daß von verschiedenen Großstädten gebeten worden sei, kein Obst mehr zu schicken. Auch die Karmeladenfabriken hätten viel Obst erhalten. Sie hätten im vorigen Jahre insgesamt über fünf Millionen Zentner Obst erhalten, das Doppelte von 1916, und an Prozentsatz hätten wir insgesamt sieben bis acht Millionen Zentner erhalten. Bis zum 15. März d. J. kamen auf den Kopf und Tag 80 Gramm; vor aus sich selbst würde diese Verteilung auch bis zum Juli fortgesetzt werden können.

Ueber die Maßnahmen zur Sicherstellung der Obstmenge 1918 konnte v. Tilly noch keine bestimmten Mitteilungen machen. Komme in diesem Jahre der Frieden, so baue er die Reichsstelle für Gemüse und Obst sofort ab. Unter allen Umständen würden wir aber auch in diesem Jahre für genügend Prozentsatz sorgen und mit einer Zwangsbeschaffung in dieser oder jener Form wieder vorgehen müssen.

Der Gänsewucher.

Die Hauptlast im Gänsehandel ist zwar vorüber, aber für einen großen Teil der Interessenten wird sie noch ein Nachspiel haben. Obwohl die Höchstpreise hoch bemessen sind, begnügten sich in zahlreichen Fällen die Verkäufer auch damit noch nicht. Der Nachwuchs v. der Preisprüfstelle Groß-Berlin hat, obgleich in zahlreichen Fällen mangels jeder schriftlichen Unterlage — auch des vorgezeichneten Schlußscheins — eine Zwangsbeschaffung nicht ausreichend nachgewiesen werden konnte, mehr als 100 präfabre Ueberreitungen des Höchstpreises festgestellt und sie zur weiteren Beschaffung der Strafbehörde übergeben. Bemerkenswert ist die verhältnismäßig große Anzahl von Strafanzeigen, bei denen der Verstoß nicht durch den Berliner Käufer erfolgte, sondern bei denen eine Ueberlieferung aus ost entlegenen Gebieten des Reiches vorlag. In merkwürdigem Gegenlag zu der selbst von Rittergüterbesitzer-tremen vorgeschlagenen Kalendern der Höchstpreisverordnung fand die Kenntnis von den Wucherpreisen, die im Gänsehandel bezahlt wurden. Daß der Kleinhandelspreis von 4 25 M. für das Pfund schon vom Richter gefordert wurde, war noch der geringste Verstoß; 5 00 und 6 00 M. waren übliche Forderungen. Aber auch Preise von 7 00—9 00 M. wurden nicht selten verlangt. Die Höchstforderungen mit 12,—15 00 M. für das Pfund kamen aus Ober-sachsen.

Auskunft über deutsche Kriegsgefangene wird von drei verschiedenen Stellen erteilt. Für Befragene in den französischen Lagen gibt sie das Rote Kreuz, Kriegsgefangenenfürsorge, in Stuttgart, Neuer Schloßplatz 1. Für Befragene in England erteilt der Ausländer für deutsche Kriegsgefangene in England in Köln, Stadt-haus, Auskunft. Für Leute in russischer und rumänischer Gefangenschaft hat diese Aufgabe der Ausländer für deutsche Kriegsgefangene in Hamburg, Ferdinandstr. 75, übernommen. Auch die einzelnen Stellen der Dreereverwaltung sind angewiesen, diesen drei Stellen Auskunft über Verlosungen und Verlust von Dreeregefangenen in Gefangenschaft zu erteilen.

Für 15 000 Mark Wäsche erbeutete ein falscher Richter, der unter dem Namen Alfred Göhrde aus der Sächselbeimer Str. 82 bei der Dampfwascherei „Gerrud“ in der Wilmershofer Stellung genommen hatte. Die Wäscherei schickte ihn mit einem Fuhrwerk aus, das mit Wäsche im Werte von 15 000 M. beladen war. Nachmittags erhielt die Wäscherei die Mitteilung, daß ihr Geispann leer und fuhrerlos in der Kronenstr. angehalten worden sei. Die Ladung war verbleibend, ebenso der falsche Richter. Die Wäsche befand sich in Körben, die die Aufschrift „Gerrud“ tragen.

Schnackenberg. Der dritte Volksoberhaltungsabend findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Belziger Straße 48—53, statt. Mitwirkende sind Fel. Jda Wagner und die Kammermusikvereinigung des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg. Zum Vortrag gelangen Vieder von Schubert, Wolf und Brahms; Trio (op. 42) von Kreis und W. Gade, Quartett (op. 10) von Beethoven. Einzelkarten zu 35 Pf. sind in der „Vorwärts“-Expedition, Reiminger Str. 9, Laden, und in der Verkaufsstelle der Konsumgenossenschaft, Apostel-Paulus-Straße 40, zu haben.

Spandau. Keine Steuererhöhung. Von einer Erhöhung des kommunalen Aufschlags zur Staatsinkommensteuer will man zum neuen Etatsjahr Abstand nehmen; der Mehrebedarf an Mitteln soll durch Erhöhung des Wasserpreises, der Gebühren für Gas und elektrischen Strom gedeckt werden. Ueber den voraussichtlich neuen Wasserpreis erfahren wir, daß die Deputation sich für den Satz von 18 Pf. statt bisher 15 Pf. für das Kubikmeter ausgesprochen hat.

Die Wirkung des Zugreifens. Daß es noch kostbare Verächten in verhältnismäßig erheblichen Mengen in den Zeitverbraucherkreisen gibt, zeigt folgendes Beispiel: In einer Landgemeinde an der Ostlicher Bahn unweit Berlin wurden in den letzten zwei Jahren pro Kopf und Woche 15, manchmal auch 20, höchstens aber 30 Gramm Butter abgegeben. Es kam auch häufiger vor, daß 14 Tage lang keine Butter verabfolgt werden konnte, weil angeblich keine vorhanden war. Auf Verfügung des Landrates, die auf wiederholte Vorhaltungen hin erfolgte, wurde jedem Haushalter aufgegeben, pro Kuh und Tag zwei Liter Milch an eine bezahlte Molkerei abzuliefern. Eine gemeindliche Kommission machte darüber, daß dieser Verfügung auch die notwendige Beachtung geschenkt wurde. Die Wirkung blieb nicht aus. Seit drei Wochen bekommen die glücklichen Einwohner 80 beziehungsweise 85 und auch 90 Gramm Butter pro Kopf und Woche. Die von der Gemeindegemeinde eingesetzte Kommission schloß mit der Molkerei einen Vertrag auf Lieferung von Quant und Magermilch ab mit dem Ergebnis, daß jetzt täglich an die Einwohner 80 Liter Magermilch und wöchentlich 2 Zentner Butter abgegeben werden können. Vor der Zeitankunft der Kommission wurde noch nicht die Hälfte davon abgegeben. Die glücklichen Einwohner können sich nunmehr an Milchsuppen, Butter- und Käsestücken laden.

Man ersieht daraus, daß sich bei einiger Energie noch manche Vorteile von den Verbrauchern herbeizubekommen lassen.

Tege. Lebensmittel. In der Gemeindegemeinschaft können jetzt auf Abschnitt 9 der neuen Lebensmittelkarte 100 Gramm Gruppen (8 Pf.) entnommen werden. Auf Abschnitt 2 der Sonderlebensmittelkarte für Kinder im Alter von 1—4 Jahren 1/2 Pfund Hefekuchen 88 Pf. Abschnitt 3 der Karte für Jugendliche berechtigt zur Entnahme von 250 Gramm Wagnersant.

Löhndankhausen. Wo bleibt der Bauer? Von einem dortigen Leiter wird uns geschrieben, daß die Gemeinde schon seit 3 Jahren ohne Bauer ist. Weder am 15. Januar noch am 1. und 15. Februar wurde Juter geliefert. Auf Beschwerden darüber an den Landrat wurde Keinesfalls keine Antwort erfolgt. Hoffentlich kümmert sich die vorgesetzte Behörde um diese „Musterwirtschaft.“

Friedrichsfelde. Verkauf von Petroleum-Kriegsflarmpen. Die Gemeinde hat von diesen Lampen eine Sendung erhalten, die im Einwohner-Meldeamt in den Dienststunden von 8-2 1/2 Uhr zum Preise von 20 Pf. für das Stück käuflich zu haben sind.

Tempelhof-Mariendorf. Die Freie Turnerschaft Tempelhof-Mariendorf eröffnet heute in Tempelhof wieder ihre zu Beginn des Krieges geschlossene Männer- und Jugendabteilung. Das Turnen findet Donnerstags, abends von 8-10 Uhr, in der Schulturnhalle Kantienfelstraße statt. — Gleichzeitig sei auf das Turnen des Vereins in Mariendorf hingewiesen, das ebenfalls Donnerstags von 8-10 Uhr in der Schulturnhalle Kurfürstenstraße abgehalten wird. Mitglieder werden an den Turnabenden aufgenommen; auch Gäste sind gern gesehen.

Oberschöneweide. Zigarrenhändler gegen den kommunalen Zigarrenhandel. Die Gemeinde Oberschöneweide hatte auch größere Mengen Zigarren angekauft, um sie durch die Ortsbändler an die Verbraucher abzugeben. Gegen diese Verteilung wenden sich die Oberschöneweider Zigarrenhändler in einer Versammlung, indem allgemein darüber geklagt wurde, daß die Gemeinde viel zu teuer eingekauft und zudem nur schlechte Ware erhalten hatte. Die Mehrzahl der Ortsbändler hatte darum auf den Weiterverkauf der Gemeindegigarren verzichtet. Die von der Gemeinde gelieferten Zigarren seien um mindestens 20 bis 30 Proz. zu teuer gewesen. Die Versammlung verbot sich einzufinden, aus welchem Grunde die Gemeinde sich überhaupt mit dem Einkauf von Zigarren befaßt habe und wollte ein beratendes Gremium von Gemeindegliedern zum Vorliegen eines besonders günstigen Gelegenheitskaufes gelten lassen.

Abteichhof. Keine Steuererhöhung. Nach dem neuen Voranschlag, dessen Beratung die Gemeindeverwaltung bereits am Montag begann, sollen die bisherigen Steuern beibehalten werden. Es werden demnach wieder erhoben: 210 Proz. Gemeindezuschlag, 3,8 Proz. des gemeinen Wertes der bebauten und 6 Proz. der unbebauten Grundstücke; 300 Proz. der Gewerbesteuer der Klassen 1 und 2 und 225 Proz. der Klassen 3 und 4; 75 Proz. Zuschlag zu der vom Kreise verlangten Vertriebssteuer. Der Entwurf schließt mit 1 291 210 M. oder um rund 30 000 M. weniger als im Vorjahre ab. In der Steuerverwaltung werden an Einnahmen erwartet aus der Gemeindeeinkommensteuer 827 000 M., aus der Grundsteuer 248 720 M., aus der Gewerbesteuer 76 120 M., aus der Vertriebssteuer 675 M. und aus den indirekten Steuern 8500 M. Bei der höheren Anabinahme wird das Schulgeld auf 130 M. erhöht; ein Unterschied zwischen einheimischen und auswärtigen Kindern besteht nicht.

Sichterfelde. Hausbesitzer-Bevölkerungspolizist. Im Ernährungsausfah wurden kürzlich zwei Fälle von „Mieserjunge“ verhandelt, die geradezu beachtenswert waren. Es handelt sich darum, daß einer Familie mit 6 Kindern, deren Ernährer im Felde steht, die Wohnung wegen dieser Kinder gefährdet worden war, andere Hauswirte aber sich weigerten, die Familie — trotz

pünktlicher Pinszahlung — aufzunehmen, und daß bei dem absoluten Mangel an Kleinwohnungen die Gefahr der Obdachlosigkeit zur Gewissheit wurde. Der Name des menschenfreundlichen Hauswirts, der die Familie auf die Straße setzte, blieb leider verschwiegen. Ein anderer Fall betraf eine Witwe mit 3 Kindern, deren Mann ein Opfer des Krieges geworden ist; auch ihr war wegen der Kinder die Wohnung gefährdet worden und da sie in Sichterfelde keine neue bekommen konnte, mußte sie nach auswärts ziehen. Die beiden Fälle waren im Ernährungsausfah vom Pfarrer Grüneisen vorgebracht; sie gaben Veranlassung zu lebhaften Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Genosse Wenzel in scharfer Weise Stellung gegen die Gemeindevorstellung bezüglich ihrer Wohnungsverhältnisse nahm. Jedenfalls sind diese beiden Vorkommnisse eine läbliche Illustration zu den schmerzvollen Reden, die jetzt über Bevölkerungspolitik gehalten werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Der unabhängige Jertum von Niederbarnim.

Nach der „Leipziger Volkszeitung“ soll in einer Versammlung in Bernau ein sozialdemokratischer Redner behauptet haben, Herr Dr. Freilich sei feinerzeit nur unter Zustimmung eines guten Postens in die sozialdemokratische Partei eingetreten. Sollte diese Behauptung geschehen sein, so würden wir sie aufs entschiedenste bekämpfen und mißbilligen, zumal sie, wie wir genau wissen, der Wahrheit entgegen ist.

Wenn sich aber die „L. V.“ beklagt, daß der Kampf gegen Freilich auch sonst mitunter persönlich geführt werde, so liegt das wohl doch ein wenig an der Person dieses Kandidaten. Freilich war kaum von rechts her in die Partei eingetreten, als er schon wieder links aus ihr hinausdrückte. Er hat zum Aufbau der Arbeiterbewegung nichts beigetragen und wirkt jetzt für ihre Zerschmetterung. Damit hat er mehr alle Sympathien verloren als er wahrscheinlich neue gewonnen haben dürfte. Der Wahling wird es zeigen. Er wird zeigen, daß die Arbeiter dem Vertrauen schenken, der in treuer Arbeit eines Menschenalters für ihre Sache gewirkt hat. Und das ist nun einmal nicht Herr Dr. Freilich, sondern unser Genosse, der Arbeitersekretär Rudolf Wissell.

Zur Reichstagswahl in Niederbarnim.

Wir bitten alle Genossen Groß-Berlins, die sich dem Wahlkomitee noch nicht zur Verfügung gestellt haben, ihre Adressen umgehend dem Bezirkssekretariat Groß-Berlin Th. Fischer, SW 68, Lindenstr. 3, anzugeben. Telefon: Amt Marienplatz 364 oder 10170.

Die kurze Zeit, die uns noch bis zum Wahltermin zur Verfügung steht, muß reiflich zur Rekrutierung ausgenutzt werden. Hilfskräfte werden in namhafter Zahl benötigt. Versäume deshalb keiner die Anmeldung. Das Zentralwahlkomitee.

Wahlbezirk (Ostbahn). Sonabend, den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn E. Anders, Bahnhofstraße. Versammlung der Reichstagswähler. Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl für den Kreis Niederbarnim. Referent: Arbeitersekretär und Kandidat Rudolf Wissell. 2. Die bevorstehende Gemeindebetretterwahl.

Aus aller Welt.

Nährstoffe Prämie für junge Eheleute. Das Lebensmittelamt in Bonn gibt jungen Eheleuten, wenn einer der Gatten wenigstens sechs Monate vorher Einwohner war, eine einmalige besondere Lebensmittelzulage von 30 Pfund Kartoffeln, zwei Pfund Walzmalz, zwei Pfund Weizenmehl, zwei Pfund Grieß, fünf Pfund Zucker, zwei Pfund Butter oder andere Fettigkeiten und zehn Eier.

Briefkasten der Redaktion.

W. M. 200. Bei Einziehung zum Heere kommt die Militär-indemnitente in Wegfall. — **S. 56.** Da die Künftigen haben sich wegen Verletzung des Briefkastenrechtes strafbar gemacht. Sie können Straf-antrag bei der Staatsanwaltschaft stellen. — **S. 31.** Sie können deshalb Urlaub beantragen, der Ihnen wohl auch gewährt wird, absolutes Anrecht darauf aber haben Sie nicht. Ebenso steht mit der Reklamation. Es könnte der Verlust gemacht werden; der Grund erscheint ausreißend. — **Werkzeuge.** 1. Ja, die Differenz zwischen Unterhaltung und sonstiger Alimente müssen Sie nachzahlen. 2. Die Unterhaltung hätte doch für das Kind sofort geleistet werden müssen, es ist Sache des Vormundes sie nachzufordern. — **O. R. 16. Ja.** — **M. D. Mantelstraße.** Nein. — **S. 28.** Im Felde, J. R. D. 8 und 20. — **Der Antrag** auf Rückzahlung des Soldaten noch nicht erfolgt, da die Zustimmung durch das Bundesrat noch nicht erfolgt ist. Der Antrag ist feinerzeit vom Reichstag angenommen worden. — **A. 25.** Antrags auf Kommandogeld besteht in diesem Falle nicht. — **Feige.** Die uneheliche Mutter hat wohl ein Anrecht auf Sicherstellung des Kindes. Das Testament könnte aber von der Erbin angefochten werden. — **Gebirg 27.** Beide müssen 21 Jahre alt sein. — **S. M. 83.** Nein. — **Red. 1078.** Nach Verletzungen oder Krankheiten zurückgebliebene Schwäche eines Geistes; landwirtschaftlich. — **S. 3. 34.** Die Strafe war durch den Amnestievertrag nicht gelöscht. — **G. S. 101.** Die Gemeinden sind dazu nicht verpflichtet. Die über große Mehrzahl zählt allerdings aus kommunalen Mitteln zu der persönlichen Unterhaltung noch eine Unterhaltung hinzu. — **W. S. 38.** 1. Nein. 2. Solche Institute sind und nicht bekannt. — **G. R. 50.** Die Mutter hat keinen Anspruch auf Aufwandserschädigung, da Sie nicht mehr als alle Eltern gelten, sondern bereits der Hilfe angehörend. — **A. M. 25.** Nein. — **G. R. 50.** Stolzberg. 1. Die Mutter hat Anspruch auf Unterhaltung für das uneheliche Kind, da die Vaterpflicht anerkannt ist. 2. Wenn die Gemeinde die Unterhaltung verweigert, muß Beschwerde beim Landratsamt erhoben werden. — **A. R. 52.** Bei der Polizeibehörde. — **S. 2. 99.** Sie sind zur Rückzahlung der Steuer verpflichtet.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittags. Ueberwiegend bewölkt, mit meist geringen, nur im Nordwesten etwas stärkeren Schneefällen. Meist der Oder gelinder, weiter östlich mäßiger Frost.

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater.
7 Uhr: Don Carlos.
Kammerspiele.
8 Uhr: Der eingebildete Kranke.
Volksbühne.
Theater am Bülowplatz.
Untergrund. Schön. Tor.
7 1/2 Uhr: Blutopfer.

Dir. C. Meinhard — R. Bernauer. Theater 1. Königgrätzerstr.
8 Uhr: Erdgeist.
Komödienhaus.
8 Uhr: Die Straße nach Steinach.

Berliner Theater
7 Uhr: Blutblaues Blut.

WINTERGARTEN
Hegelmann Truppe
Hochturnkünstler
Herbert Kühling
d. 14jähr. Klaviervirtuose
Grete Finns
rheinische Humoristin
sowie der
erfolgreiche
Februar-Spielplan.

Zirkus A. Schumann
Ehl. Friedrichstr. Anf. 7 1/2.
Letzte Saison in Berlin.
Nur noch kurze Zeit.
Aus dem reichhaltigen
Spot-Program
besond. hervorzuheben
der Araber Muly Sayu
mit sein. 10 Dr. Kamelen.
Hadehura
exotischer Dressurakt.
Mexiko
Gr. Ausst.-
Pantomime.

Schwarzer Kater
Friedrichstr. 165.
Ecke Behrenstraße.
Claire Waldoff
Willi Prager
Werner Goldmann
u. das hervorragende
Februar-Program.

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7 1/2, und Sonntag
nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluß:
Mein Weich-
nachtstraum
Nachmittags
ermäßigte
Preise!

Palas
Tägl. 7 1/2, Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2.
Neu! Hartsteins beste Posse
Bersohn Wilhelm
Neue Berl. Revue-Bilder usw.
Schluß des Hartstein-
Gastspiels am 25. Febr.

Admiralspalast
7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abrakadabra.

Berliner Konzerthaus
Manorstraße 92. Zimmerstraße 90/91.
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Bion.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen, den 22. Februar: Wohlthätigkeits-Doppelkonzert
zum Besten der Kaiserlichen Marine.

Theater für Donnerstag, 21. Februar.
Central-Theater
Kommandantenstraße 57.
7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin

Deutsches Opernhaus
6 1/2 Uhr: Die Hugenotten.

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Schwarzwalddädel.
Sonntag, 4 Uhr: Wohl-Vorzeit.
Die Prinzessin u. d. Schweinehirt.

Eustapielhaus
7 1/2 Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof.

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul.
Sonntag 3 Uhr: Die Kaiserin.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassent. Nd. 281
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

URANIA
8 Uhr:
Die Ukraine.
8 Uhr: Professor W. Laas:
Gefahren und Sicher-
heit auf See.

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:
Eine Waife.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr:
Am Goldenen Horn.

Trianon-Theater
7 1/2, 8 an Ehl. Friedrichstr. 7 1/2
Tel.: Zentrum 4927 und 2391.

Der Lebensschüler
Komödie von Ludwig Fulda.
Ida Wüst, Erich Kaiser-Fitz,
v. Möllendorff, Plink, Ketsner.
Stg. 4 U. kl. Pr.: Johannistor.

Admiralspalast
7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abrakadabra.

Berliner Konzerthaus
Manorstraße 92. Zimmerstraße 90/91.
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Bion.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen, den 22. Februar: Wohlthätigkeits-Doppelkonzert
zum Besten der Kaiserlichen Marine.

Kleines Theater
7 1/2 Uhr: Nanie.

Residens-Theater
7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: Schneider Wibbel.

Schiller-Th. Charl.
7 1/2 Uhr: Kopfeeraths Erben.
Schilleraal 8 U.: Marc Salzer.

Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Egon und seine Frauen.

Theater am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Die Nibelungen
7 Uhr:
Seni della Castiglioni

Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Der verleihte Herzog
mit Guido Thielscher.

Bausch
Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2, U.
Granatenkönig Planet
Aufgaben einer scharf
abgeschossenen 45 Pfund
schweren Granate.
3 Helms.
Karl Reinisch, Schnel-
reiter auf „Csardasfürst“.
Zum Schluß:
Mondfahrt.
Kaffee
Luitpold
Motzstr. 15.
**Sollisten-
Kapelle.**
Täglich Auftreten
des Pionier-Orchesters
Leo
Führmann.
Eintritt frei.
Speisen und Getränke
in unerreichter Qualität.

Mondfahrt.
Kaffee
Luitpold
Motzstr. 15.
**Sollisten-
Kapelle.**
Täglich Auftreten
des Pionier-Orchesters
Leo
Führmann.
Eintritt frei.
Speisen und Getränke
in unerreichter Qualität.

Admiralspalast
7 1/2 Uhr:
Deutsche Tänze
von Schubert.
Abrakadabra.

Berliner Konzerthaus
Manorstraße 92. Zimmerstraße 90/91.
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Bion.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen, den 22. Februar: Wohlthätigkeits-Doppelkonzert
zum Besten der Kaiserlichen Marine.

Berliner Konzerthaus
Manorstraße 92. Zimmerstraße 90/91.
Großes Konzert
des Berliner Konzerthaus-Orchesters.
Leiter: Komponist Franz von Bion.
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen, den 22. Februar: Wohlthätigkeits-Doppelkonzert
zum Besten der Kaiserlichen Marine.

NATIONAL-THEATER
Cöpenicker Straße 65. Fr. Deutsch-Amerik. Theat.
7 1/2 Die ist richtig! ... 7 1/2
Gr. Posse in 3 Akt v. Dr. Lipschütz, Musik v. Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Studentenleben.

Voigt-Theater.
Sadstr. 52. Radstr. 55.
7 1/2 Benefiz für Julius Witte.
Arturs Flitterwochen.

Apollo
Friedrichstr. 218. 7 1/2.
Der Flieger
von Tsingtau
sowie die verbilligten
Varieté-Aktionen.
Theaterkasse ab 100.
ununterbr. geöffnet.

**Die Norddeutsche
Gemüsebau-
Genossenschaft**
vergrößert ihre Pflanzungen
zum Frühjahr auf das Doppelte,
und nimmt jetzt weitere Mit-
glieder als
Stille Teilnehmer
mit Aktien in 100 M., zu
200 M., zu 300 M., und
bis zu 1000 M. auf. Kriegs-
anteile wird zum vollen Nenn-
wert in Zahlung genommen.
Das Gemüße wird in unseren
Verteilungsstellen
an die Mitglieder billig abge-
geben, bei völliger Ausschaltung
des Groß- und Klein-
Zwischenhandels. Der Ge-
winnüberschuß wird als Divi-
dende an die Mitglieder verteilt.
Die alten Mitglieder sind mit
Wintergemüße reichlich versorgt
worden. Die jetzt neu be-
treitenden Mitglieder sind be-
rechtigt, schon an der ersten
Verteilung von Frühgemüße
teilzunehmen. — Aufnahme
neuer Mitglieder findet statt
im Laden Peterburgerstr. 4a:
Montags, Mittwochs, Freitags
9-12 und 4-7, anherdem
Sonntag 11-1. Ferner im
Laden Rebenhagenstr. 4:
Dienstags, Donnerstags, Sonn-
abends 10-4 und Sonntags
8-10. Ferner täglich im Ver-
waltungsbureau: Turm-
straße 27 III. Zimmer 76
(gegenüber Jhrus Dutz).

**Große
Berliner Lotterie**
für das Säuglingsheim.
Ziehung am 27. März 1918.
Gesamt- u. Höchstbetrag
der mit 90% garantierten
Gewinn
50000 Mark
30000 „
20000 „
10000 „
usw.
Berlins 2 M. Porto u. Liste
Lose zu 2 M. 45 Pf. mehr,
10 gemischt, Glückslosse 20 M.
mit Porto und Liste nur
versenden (auch gegen
Nachnahme)
Emil Haase & Co.
Berlin, Bredowstraße 9
auch in unseren Läden:
Potsdamer Str. 23a, König-
straße 57, Wallstraße 1,
Rosenthaler Straße 71,
Müllerstr. 3b.

**Großes Posten
Carbidlampen**
1. Stufe u. Feld, nach alter Preis
2,80. 2. Stufe Carbidlampen.
Schneider, Weberstr. 42.
Tel. außersommer. 1877

Spezial-Arzt
Dr. med. Haasch,
Friedrichstr. 90 direkt am
Stadtbahn.
Behandl. von Syphilis, Haut-
kran., Frauenleiden, (bes.)
Gonorrhoe, Schmerzhafte Hämorrhoiden,
Blutunterdrückung, Hämorrhoiden,
Kaiserschnitt, Sprechstunden 10
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Sozialdemokr. Verein
Berlin VI. (S. P. D.)**
Unser Mitglied
Gustav Borkowski
Dreher,
wohnhaft NW, Bielestr. 22,
ist am 18. Februar ver-
storben. 230/5
Ehre seinem Andenken!
Die Einäscherung erfolgt
am Freitag, den 22. Februar,
mittags 12 Uhr, im Kremator-
ium Gerichtstraße.
Zahlreiche Beteiligung er-
wartet.
Der Vorstand.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband.**
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Schleifer
Albert Stötzel,
Nieder-Schöneweide, Sedan-
straße 14, am 18. Februar
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 22. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Gemeinde-
Friedhofes in Alt-Bismarck
aus statt.
Zuge Beteiligung wird er-
wartet.
Nachruf.
Den Mitgliedern fernher
zur Nachricht, daß unser
Kollege, der Schleifer
Karl Krüger,
Führerstr. 20a, am
3. Februar gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
233/6) Die Ortsverwaltung.

Hiermit zur traurigen
Nachricht, daß unsere liebe
Mutter und Großmutter
Friederike Krahl
am Montag, den 18. Februar,
nach kurzem, aber schwerem
Leiden verstorben ist.
Familie Paul Krahl
Familie H. Krahl
Familie H. Ambel.

Für die zahlreichen Beweise
berühmter Teilnahme und dem
vielen Ansehen bei dem
Einscheiden meines lieben
Gatten sage im Namen der
Unterbeweihten allen Teil-
nehmern herzlichsten Dank.
Witwe E. David,
Weidenweg 2. 1782

Für die allseitig herzliche Teilnahme bei der Beerdigung
meiner innigstgeliebten Gattin
Eise Schmittziel geb. Hagen
sage hiermit allen meinen tiefgefühlten Dank, besonders Herrn
Dupont, dem Köhlerischen Quartier, den Kollegen und Kollegen
der Firma Dr. G. J. Kutz, Charlottenstr. 94 und Wilmersstr. 150,
sowie den Eltern des Hauses Gneiffstr. 69.
16075
August Schmittziel.

Am 18. Februar verschied
sanft nach langen, schweren
Leiden mein bergensguter
Vater und guter Vater, der
Dreher
Gustav Borkowski
im 52. Lebensjahre, 1708
Es gelte tiefbetraut an
Mina Borkowski und Sohn.
Einäscherung am Freitag,
mittags 12 Uhr, im Kremator-
ium Gerichtstraße.

Allen Freunden und Be-
kannten die traurige Nach-
richt, daß meine lang-
geliebte bergensgute Frau
Martha Kremzow
am 16. Februar 1918 an
den Folgen einer Operation
verstorben ist. 1618
Um stille Beileid bitte
Artur Kremzow.
Die Beerdigung findet
am Freitag, den 22. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des neuen
Jahob-Hilfshofes, Hermann-
straße, aus statt.

Nur für politisch reife Leser!
Furcht vor dem Leben.
Pr. 60 Pf. Verl., „Zigal-
brenner“, München 23

Spezialarzt
Dr. med. Coleman
für Geschlechtskrankheiten,
Haut-, Harn-, Frauenleiden,
nervös, Schwäche, Bein-
kranke,
Behandlung schnell,
sicher und schmerzlos
ohne Berufsunfähigkeit in
Dr. Homeyer & Co.
kops Labor. I. Bismarckstr.
Friedrichstr. 81. gegenüb.
Königstr. 58/57. gegenüb.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

direkt von der Fabrik
zu Originalpreisen
1000 Zig. 12 von M. 55.— an
1000 . 10 . 65.—
1000 . 11 . 90.—

Goldenes Haus
G. m. b. H.
Friedrichstr. 89.
Fernsprecher: Zentrum 7437

Die allgemeine Nährpflicht.

Ein Sozialprogramm von Prof. Popper.

Auf die Bedeutung von Prof. Popper-Schneiders, der am 21. Februar seinen 80. Geburtstag begeht...

Es macht das Charakteristische der Stellung Poppers zum sozialen Problem aus, daß er es nicht als ein abstrakt-theoretisches Problem erfassen will, sondern ganz und gar als ein individuell-praktisches...

Das Mittel hierzu entwickelt in ausführlicher Darlegung das Hauptwerk Poppers: 'Die allgemeine Nährpflicht' (1912).

Töchter der Heluba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Viebig.

Die andere zuchte die Schiela: 'Was Genaues weiß man nicht. Sie wird sich wohl auch in Liebhaber angeschafft haben...

Die Unglückliche! Gertrud mußte noch an die Seifert denken, als sie längst den kalten Hofraum verlassen hatte...

Es war nicht viel zu verdienen beim Strohhändchen. Eine Arbeit war's auch, die eigentlich jedermann machen konnte...

Wenn der Krieg noch lange dauerte, würde man auch jeden Schluck Wasser, jeden Mund voll Luft nur gegen Karte zu schnappen kriegen!

Hier draußen war es auch langwierig genug. Wenn die Dombrowski nicht gewesen wären, die für sie mitstand, hätte Gertrud Hieselbahn hungern müssen...

Kleidung, ärztliche Hilfe und Krankenpflege. Alles, was nicht zu diesem Minimum gehört, gilt als Luxus.

Der Recht hat sich Popper gegen den nur zu häufigen und gebantenlosen Einwand verwahrt, daß dieser Plan einer Sicherung des Existenzminimums für jedermann eine Utopie sei...

Dünaburg.

Dünaburg ist heute eine russische Mittelstadt, freilich ohne eigentlich russisches Gepräge. Polen und Juden bilden den bei weitem größten Teil der Bevölkerung...

bunten Räden von gewaltigen Kutschmännern. Im Straßenleben Dünaburgs bildete, wie in allen westrussischen Städten, der jüdische Hausierer eine typische Erscheinung.

Dünaburgs Ursprung geht bis ins 18. Jahrhundert zurück. Der Erbauer der Stadt war der Ordensmeister Ernst, der im Jahre 1274 hier dem livländischen Ritterorden eine feste Niederlassung errichtete...

Vortragsabend Bruno Frank.

Am Dienstagabend las der Dichter Bruno Frank aus eigener Werken. Unter den Autorenabend der Sezession war dieser Vortrag einer der interessantesten.

Notizen.

- Vorträge. Am Freitag, abends 8 Uhr, beginnt die zweite Vortragsreihe der Gesehen-Berichte in der Urania mit dem Vortrag von Herrn Prof. E. Baur über 'Bevölkerungs-politik und Rassenhygiene...'

angenehm, wenn der sanfte Wind so um's Gesicht säufelte und mit den locken Haaren im Genick spielte.

Heute war ihre Mutter ausgegangen. Seit jenem Tage, an dem Margarete in die Kirche gelaufen war, um die Verlobungsfeier zu feiern, traute sich die Mutter kaum mehr fort.

zum Geburtstag zu gratulieren. Es war zudem Sonntag, der Laden nicht geöffnet, das Wetter schön, so entschloß sie sich denn; Gretchen war ja auch heute ganz wohl.

Als sie schon beinahe am Bahnhof war, kehrte sie doch noch einmal um, es trieb sie förmlich mit Gewalt zurück: würde Gretchen auch nicht irgend etwas anstellen?

'Aber, Mutter, du hast sie ja an!' rief Gretchen und lachte sie aus.

Ran war Margarete Dietrich ganz allein. Allein —! Sie klappte plöglich das Buch zu und sprang auf, mit einem seltsamen Nadeln sah sie sich um.

So — nun war's gut! Sie atmete auf. Und dann lief sie nach hinten in ihr Stübchen. Sie öffnete den Schrank und nahm das verhüllte Kleid heraus.

Ran holte sie auch noch Kranz und Schleier herbei, die sie in der Kommode verschlossen gehalten hatte. Wie der Kranz sich freute, ans Licht zu kommen!

(Fortf. folgt.)

Das gleiche Wahlrecht abgelehnt. Pluralwahlrecht beschlossen.

Die vorläufige Entscheidung.

Die Wahlrechtskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat am Mittwochabend den zu dem grundlegenden § 3 der Regierungsvorlage gestellten konservativ-freikonservativen Pluralwahlrechtsantrag angenommen. Dafür stimmten außer den 16 Antragstellern auch 4 von den 6 national-liberalen Kommissionsmitgliedern, dagegen die beiden anderen Nationalliberalen, Zentrum, Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen. Damit ist das gleiche Wahlrecht zunächst wenigstens beseitigt. Die Entscheidung ist aber nur eine vorläufige, denn noch hat das Plenum das Wort, und dort sind die Aussichten für das gleiche Wahlrecht, wenn auch nicht gute, so doch erheblich bessere.

Die Abstimmung bedeutet eine schwere Niederlage der Regierung, die noch kurz vorher durch den Vizepräsidenten des Staatsministeriums die offizielle Erklärung hatte abgeben lassen, daß sie auch ein Pluralwahlrecht, das die Zusatzstimmen bemittelt nach Alter, Selbständigkeit und Bildung mit den Grundlagen ihres Entwurfs nicht für vereinbar halte. Der Beschluß der Kommission geht aber weit darüber hinaus, denn er will die Stimmen auch nach Einkommen und Vermögen bemessen. Nach der Erklärung Friedbergs, die völlig eindeutig ist und durch die seine Ausführungen vom Montag hinfällig werden, bestand zunächst noch ein schwacher Hoffnungsschimmer für die Freunde des gleichen Wahlrechts, aber die Hoffnung wurde zu Wasser, nachdem mehrere Nationalliberale sich mit Schärfe gegen das gleiche Wahlrecht ausgesprochen hatten. Mit der Nacht, die ihnen das Dreiklassenwahlrecht einräumt, haben die konservativen, freikonservativen und die Mehrzahl der Nationalliberalen einen Mißbrauch getrieben, der ihnen teuer zu stehen kommen wird.

In der Mittwochssitzung des Verfassungsausschusses lief ein nationalliberaler Antrag ein, der ein Dreiklassenwahlrecht nach Art des Wahlrechts für die Gemeindevertretungen und daneben den Proporz in gemischtsprachigen Landesteilen vorschlägt. Ein Volksparteiler führte aus: Der ganze preussische Verwaltungsapparat ist von konservativem Geiste besetzt. Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir wahrscheinlich eine Mehrheit haben, die so aussehen wird, wie die jetzige Reichstagsmehrheit. Darauf kann sich dann die Regierung stützen und Preußen wird dabei nicht zugrunde gehen. Er hoffe, daß Dr. Friedberg nicht von der Erklärung, die er und die Regierung abgegeben haben, weichen will, es wäre auch zu unverständlich. Der Minister des Innern habe ausdrücklich erklärt, daß nur ein gleiches Wahlrecht im Sinne des Reichstagswahlrechts in Betracht kommen könne und daß jeder andere Versuch unannehmbar sei. Die Fortschrittler werden für keinen Pluralantrag stimmen, auch nicht für den Dreiklassenantrag der Nationalliberalen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg antwortet, er habe leiblich nur ausführen können, daß die Prüfung der Fragen des nationalliberalen Redners Sache des Staatsministeriums ist. Diese Prüfung hat inzwischen stattgefunden.

Die Vorschläge für Zusatzstimmen bedeuten eine Begünstigung, die ja gerade durch die Reform des alten Wahlrechts beseitigt werden sollen. Aus diesen Gründen vermag die kgl. Staatsregierung in den angebotenen Vorschlägen eine Verbesserung der Vorlage nicht zu erblicken. Sie würden die Zwecke, die die Antragsteller im Auge haben, nicht fördern, sondern teils unerwünschte Ungleichheiten in die Vorlage hineintragen, teils das Wahlrecht viel schärfer demokratisieren, als der vorliegende Gesetzentwurf. Dazu kommt noch eine weitere Erwägung. Die Vorschläge sollen durchgeführt werden auf Grund von Zusatzbestimmungen. Dadurch wird in weiten Kreisen unseres Volkes die Auffassung entstehen, daß die Grundlage des Gesetzentwurfs, das gleiche Wahlrecht, verflüssigt und auf ein Pluralwahlrecht zurückgeführt werden sollte. Das liegt aber nicht in der Absicht der kgl. Staatsregierung. Ich kann deshalb die Zustimmung der kgl. Staatsregierung zu den Vorschlägen des Herrn Dr. Lohmann nicht in Aussicht stellen.

Daranf folgte die Begründung des nationalliberalen Antrags durch den Antragsteller, der das gleiche Wahlrecht ablehnt, weil es Adolf Hoffmann zum Kultusminister machen würde. Minister des Innern Dr. Drews erklärt den nationalliberalen Antrag für ein verstärktes Dreiklassenwahlrecht. Zur Ehre der deutschen Arbeiter sei hervorzuheben, daß sie genügend Interesse und Verständnis für kulturelle Bedürfnisse hatten. Ein Konservativer erklärt, daß seine Partei im Falle der Ablehnung ihres Antrags den nationalliberalen Antrag wohlwollend prüfen werde. Nach der heutigen Erklärung Dr. Friedbergs erlaube eine Verständigung zwischen den Konservativen und der Staatsregierung aus geschlossenen, aber sie können unter keinen Umständen unter ihren Antrag heruntergehen. Ein Nationalliberaler sagt, daß für den Dreiklassenantrag eines seiner Parteigenossen sich nicht alle Kommissionsmitglieder seiner Partei einsetzen werden, obwohl auch er nach wie vor Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht habe. Dem kommt er auf seine Behauptung über die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zum Pluralwahlrechtstimprom zurück. Es sei ihm natürlich nicht eingefallen, zu behaupten, ein Sozialdemokrat hätte seine ausdrückliche Zustimmung mit einem Pluralwahlrecht erklärt; so tätsächlich unklar sei kein Sozialist. Aber am 6. Juli, in der Besprechung beim Reichsanwalt, sei die Lage so gewesen, daß die Sozialdemokratie zufrieden gewesen wäre, wenn sie damals das Pluralwahlrecht bekommen hätte. Das behauptet der Redner auch heute noch; die Haltung des „Vorwärts“ nach dem königlichen Ostererlaß bestätige das. Der Ostererlaß ließ den Weg zum Pluralwahlrecht offen und der „Vorwärts“ habe den Erlaß damals freudig begrüßt. Darauf gehe hervor, daß der „Vorwärts“ damals mit dem Pluralwahlrecht sich zufriedengegeben hätte. Am 6. Juli ist auch von keinem der Herren mit einem Wort darauf gedrängt worden, daß über den Ostererlaß hinausgegangen werden soll.

Ein freikonservativer begründet den Antrag, die Regierung zur Vorlegung eines Gesetzentwurfs aufzufordern, durch den das Gemeindevahlrecht dem Landtagswahlrecht angepaßt wird. Dieser Antrag sei nicht, wie der „Vorwärts“ neulich geschrieben hätte, ironisch gemeint, sondern beruhe auf ernster Überzeugung. Nach Durchführung des gleichen Wahlrechts werde das Königtum nicht untergehen, sondern eine parlamentarische Regierung eintreten.

Nachdem noch ein Zentrumredner die grundsätzliche Stellungnahme seiner Freunde auf dem Boden der Regierungsvorlage vorbehaltlich späterer Stellungnahme erklärt hat und auch zwei Nationalliberale sich bedingt für das gleiche Wahlrecht erklärt hatten, wurde der freikonservativ-konservative Pluralantrag mit 29 gegen 15 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die freikonservativen und vier Nationalliberale; dagegen zwei Nationalliberale, das Zentrum, der Fortschrittler, der Pole und der Sozialdemokrat. Der nationalliberale Dreiklassenantrag ist damit gegenstandslos geworden, der Regierungsantrag gescheitert.

Weiterberatung Donnerstag.

Gegenüber der Unterstellung des nationalliberalen Redners, der „Vorwärts“ habe sich bei dem Erlaß der Osterbot-

schaft mit dem Pluralwahlrecht zufrieden gegeben, stellen wir fest, daß der „Vorwärts“ am 8. April 1917 tatsächlich folgendes geschrieben hat:

Betrachten wir, was uns die Vorkchaft verheißt. Eine gründliche Reform des Dreiklassenwahlrechts, also das, was von uns stets als der springende Punkt unserer inneren Politik angesehen worden ist. Daneben eine Reform des preussischen Herrenhauses, deren Einzelheiten sehr unbestimmt sind. Das direkte und geheime Wahlrecht wird ausdrücklich zugesprochen. Dagegen bleibt die Frage des Gewichts der einzelnen Stimmen offen. Aber wenn die Vorkchaft selber ausspricht, daß für ein Klassenwahlrecht kein Raum mehr ist, nach dem, was uns der Krieg gelehrt hat, so muß eine solche Begründung ganz von selber zu der allein möglichen logischen Konsequenz des gleichen Wahlrechts führen. Wer wollte wirklich für ein Volk, wenn Klassenwahlrecht keinen Raum mehr haben, ein abgestuftes Pluralwahlrecht in Vorkschlag bringen? Das hieße, den Gedanken in sein Gegenteil verkehren.

Der „Vorwärts“ hat also die Osterbotschaft nur im Sinne des gleichen Wahlrechts akzeptiert, in dem Sinne, den ihr dann auch die Regierung durch den Ostererlaß ausdrücklich gegeben hat.

Die Friedenssünder der Alldeutschen.

Die Feststellung des Gen. David, daß die alldeutsche Presse für das Scheitern des Friedensangebots „Gott auf den Knien gedankt“ hat, hat im Reichstag einen Wutausbruch der Rechten verursacht. Ebenso schimpft die „Deutsche Tageszeitung“ am Mittwoch über „gemeine Verleumdung“, weil Gen. Wendel geschrieben hat, die Alldeutschen hätten die Verhandlungen in Brest-Litowsk mit geheimer Angst verfolgt, sie könnten wirklich zu einem Friedensschluß führen.

Hier vermahnt man sich mit den heftigsten Ausdrücken gegen den Vorwurf der Friedenssünderlichkeit. Aber man braucht die „Deutsche Tageszeitung“ nur umzuschlagen, so findet man auf der Titelseite der gleichen Nummer, die über „gemeine Verleumdung“ atetzt, den neuesten Junkirspruch der russischen Regierung mit der hochbezeichnenden Ueberschrift: „Eine neue Friedensfalle Trozkis“. Die Schwerindustriellen „Berliner Neuesten Nachrichten“ überschreiben die gleiche Meldung: „Ein Scheinmandat der Bolschewiki“ und ihren Artikel dazu „Ein neuer Trick Trozkis“. Diese Ueberschriften zeigen wohl zur Genüge, mit welchen Gefühlen diese alldeutschen Blätter jeden Schritt aufnehmen, der uns dem Frieden näher bringt!

In dem genannten Artikel rufen die „Berl. N. N.“ gegenüber Genossen David pathetisch aus: „Sollen wir uns mit einem deutschen Volkswelt über den Begriff „Gemeingefährlichkeit“ unterhalten?“ — Wir teilen den „Berl. N. N.“ schonend mit, daß nicht einmal Trozki ein „Volkswelt“ sein kann, da dies Wort die Mehrzahl zu der Einzelzahl Volkswelt bedeutet, wofür im übrigen den Humor dieses Stoßversers nicht durch einen Zusatz unsererseits abzuwehren.

Alldeutsche Meinungen zum deutschen Vormarsch.

Die alldeutsche Presse tritt allgemein für eine Fortsetzung des Vormarsches im Osten ein, die „Kreuzzeitung“ mit folgender Begründung:

Deutschland kann nicht dulden, daß die bolschewistische Revolution für eine Revolution der ganzen Welt über unsere Front hinüberströmt.

Danach folgt die „Kreuzzeitung“ den jetzigen Einmarsch in Rußland etwa als Parallele auf zu dem Einmarsch der Franken und Oesterreicher vom Jahre 1792 ins revolutionäre Frankreich, der mit Walm und Demoppes endigte. Vielleicht findet sich in den alldeutschen und vaterlandsparteilichen Reihen auch ein Herzog, der das Manifest des Herzogs von Braunschweig gegen die Jakobiner so modernisiert, daß es auf die Bolschewiki paßt — es braucht ja nicht gerade ein Herzog von Braunschweig zu sein.

Die freikonservative „Post“ schreibt zu Trozkis Friedensvorschlag:

Ein ganz unmöglicher Standpunkt wäre es, wenn sich der Vierbund und insbesondere das Deutsche Reich nun einfach ohne weiteres auf den russischen Vorschlag einlassen wollte. Davon kann gar keine Rede sein! Schon aus rein militärischen Gründen brauchen wir erst ein bestimmtes Ergebnis der eben begonnenen neuen Operationen; die Oberste Heeresleitung hat darüber zu entscheiden, bis zu welchem Punkte sie durchaus unbefelligt durch politische Übertreibungen der Maximalkisten zu bleiben wünscht.

Will die „Post“ sich nicht etwas deutlicher ausdrücken, welches „bestimmte Ergebnis“ sie meint?

Der „gediegene“ Reichsverbandskalender.

Auf eine Anfrage der Abg. Spiegel und Scheidemann hat Staatssekretär Wallraf die folgende Antwort erteilt:

Es ist zutreffend, daß der Landrat des Landkreises Düsseldorf den industriellen Werken seines Kreises einen vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen Volkskalender zur Verteilung an die Arbeiter empfohlen hat. Dieser Empfehlung hat jedoch eine parteipolitische Stellungnahme nicht zugrunde gelegen. Der Landrat hat nämlich einen nationalen Volkskalender empfohlen und in diesem Jahre den vom Reichsverband herausgegebenen lediglich im Hinblick auf die sachliche Gediegenheit seines Inhalts gewählt. Aus den gleichen sachlichen Gründen hat der Landrat zuvor eine von sozialdemokratischer Seite herausgegebene Flug-schrift zur Verteilung empfohlen. Grundsätzlich erachtet es indessen in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung der preussischen Staatsregierung nicht erwünscht, daß von einer Staatsbehörde Veröffentlichungen verbreitet oder zur Verteilung empfohlen werden, die, sei es nach Inhalt, sei es nach Ursprung, einen ausgesprochen parteipolitischen Charakter haben. Die in Frage kommenden Dienststellen sind entsprechend benachrichtigt worden.“

Auch diese Antwort ist — gediegen.

Der Versailler Kriegsrat und Robertsons Rücktritt.

Lloyd Georges Erklärung im Unterhaus.

Amsterdam, 20. Februar. Lloyd George sprach im Unterhaus bei der Debatte über den Prozesstakt die Hoffnung aus, daß alles, was er sage, als eine politische und nicht als eine persönliche Frage aufgefaßt werden möge. Die Regierung habe den Rücktritt Robertsons als Generalfeldmarschall nicht gewünscht, solange dieser in Uebereinstimmung mit der Politik gewesen sei, die in Versailles nach langem Beratungen festgelegt worden wäre. Diese Politik habe es unmöglich gemacht, Robertson noch länger sein Amt als Generalfeldmarschall beizubehalten zu lassen. Wenn diese Politik gut sei, dürften ihr keine Personen mehr im Wege stehen. Diese Politik sei die gemeinschaftliche Politik der Alliierten und nicht die Politik Englands allein. Einzelne Beschlüsse in Versailles wurden nach heftigen Auseinander-

setzungen mit anderen Staaten, namentlich mit Amerika, gefaßt.

Diese Politik basiere auf der Ueberzeugung, daß die Alliierten schwer unter dem Mangel der Koordination ihrer Kraft gelitten hätten, Konzentration und einheitliche Anspannung seien das Ziel. Die Ereignisse im Jahre 1917 und 1918 plädierten für eine andere Maschine, um eine größere Zusammenfassung der Hilfsquellen zu erlangen. Das sei auch der Grund, weshalb die Verbündeten Regierungen nach der Niederlage in Italien beschloßen hätten, einen Zentralrat für gemeinsame Strategie der Alliierten einzusetzen. Auf der letzten Versailler Konferenz sei beschloßen worden, die Befugnisse des Rates auszuweihen. Der allgemeine Plan habe auf der Konferenz ungeteilten Beifall gefunden.

Auch über die befohlene Politik sei man sich einig gewesen, über die Methoden der Ausführung dieser Politik jedoch nicht. Man war sich einig, daß die Zentralgewalt interalliiert sein und Vollzugsgewalt besitzen müsse. Die einzige Frage, über die man sich uneinig war, sei die gewesen, wie die Zentralgewalt zusammengesetzt werden müsse. Das wäre die ganze Streitfrage gewesen und nach seiner Meinung sei auch in dieser Hinsicht auf der Konferenz eine Einigung erzielt worden.

Lloyd George sprach darauf über die verschiedenen Stadien der Debatte auf der Konferenz und die zahlreichen Anträge und Vorschläge, die gemacht wurden. Alle wären verworfen worden, dann habe der Vorsitzende Clemenceau erklärt, daß er es für wünschenswert halte, daß die Konferenz auseinandergehe und daß jede Abordnung einen eigenen Antrag einbringe, worauf alle Abordnungen am folgenden Morgen denselben Vorschlag machten, welcher nun angenommen worden sei. In jedem Falle sei in den wesentlichsten Punkten in Versailles eine Einigung erzielt worden.

Lloyd George bekräftigt nun, was nach seiner Rückkehr nach England sich ereignet hat. Die Regelung schloß unter anderem ein, daß der Chef des Generalstabes genau dieselben Befugnisse erhalten sollte, wie er sie hatte, als Robertson ernannt war. Er sollte der höchste militärische Offizier der englischen Regierung bleiben; er sollte die Minister zu den Versammlungen des Obersten Kriegsrates als Offizier begleiten und er hatte das Recht, sich in Frankreich nach Belieben mit allen militärischen Beamten zu beraten. Im Falle ihrer Meinungsverschiedenheit sollte der Oberbefehlshaber stets Offizier der Regierung sein. So sei die Lage nach dem Beschluß von Versailles gewesen.

Wir meinten, sagte Lloyd George, daß alle Schwierigkeiten nun aus dem Wege geräumt wären. Unglücklicherweise war Robertson damals abwesend. Erst als ihm die Stellung angeboten worden war habe er bemerkt, daß Robertson sich nicht aus technischen oder konstitutionellen, sondern aus militärischen Gründen mit dem Beschlusse nicht vereinigen konnte. Querst bot man ihm die Stellung in Versailles an, darauf die Geschäfte des Generalstabes mit Befugnissen, die mit denen übereinstimmen, welche in Versailles festgesetzt worden waren, aber Robertson dankte. Er beantragte eine Neuerung vorzunehmen, so daß die Vertreter in Versailles Unterbefehl des Generalstabes würden. Dies mußten wir jedoch zurückweisen, weil er dann wichtige Beschlüsse hätte fassen müssen, während sein Chef vielleicht Hunderte Meilen entfernt gewesen wäre.

Lloyd George ersuchte zum Schluß das Haus, alle Meinungsverschiedenheiten bei Seite zu schieben. Wenn das Haus die Uebereinkunft der Alliierten nicht genehmige, dann müsse es das sofort aussprechen und es müsse eine andere Regierung zur Herrschaft kommen.

Letzte Nachrichten.

Der Aufruf des Polenklubs.

Wien, 20. Februar. Der Aufruf des Polenklubs an das polnische Volk ist nunmehr von der Zensur freigegeben worden. Es heißt darin, daß die deutsch-ukrainische Freundschaft beabsichtige, eine Saat von Haß zwischen dem polnischen und ukrainischen Volke auszustreuen und das polnische Volk zu einem Hürigen des deutschen Staates und des deutschen Handels zu machen. Das Cholmer Land soll zu einer Brücke gemacht werden für die deutsche Armee in ihrem Vormarsch nach dem Osten Europas und an das Schwarze Meer und an den Kaukasus. Der Polenklub erhebt im Namen der Polen Oesterreichs feierlichen Protest gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk und nimmt den Kampf auf, um ihn zu beenden.

Selbstmord Kalebins.

Stockholm, 18. Februar. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Kalebins tötete sich im Laufe einer Sitzung der Don-Regierung, welche versuchte, die Angelegenheiten des Don-Gebietes zu leiten. Nach langen Beratungen entschloß sich die Regierung, ihre Vollmachten zugunsten des Sowjets niederzulegen. Kalebins begab sich darauf in einen anderen Saal und schoß sich eine Kugel ins Herz. Zu seinem Nachfolger wurde General Kasarow ernannt, der den Befehl zur allgemeinen Mobilisierung der kassatischen und nichtkassatischen Bevölkerung zum Kampf gegen die Truppen der Sowjets erteilte.

Die Bolschewiki in Orenburg.

Stockholm, 18. Februar. Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Eine Versammlung von Kosaken und Arbeitern in Orenburg begrüßte den Rat der Volksbeauftragten als den wahren Vertreter der sitzenden Arbeiterbevölkerung.

Gegen die baltischen Barone.

Stockholm, 18. Februar. Nach Meldungen aus Reval sind die baltischen Barone in Estland von den Sowjet der Arbeiter und Soldaten für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und verhaftet worden.

Nach einer Depeche machte der Volksbeauftragte für Justiz den Sowjet von Reval darauf aufmerksam, daß es nicht zulässig sei, einen ganzen Stand ohne Prüfung der persönlichen Vergehen außerhalb des Gesetzes zu stellen. Der Volksbeauftragte verlangte eine eingehende Untersuchung und ein Verfahren, welches den revolutionären Vorstellungen mehr entspräche. Der deutsche Adel und Kapitalismus hätten 12 Jahre lang, von 1878 bis 1890, die gesamte deutsche Arbeiterklasse als außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und tausende von Familien in Armut gestürzt. Die russische Revolution werde nicht den Weg der Ausrottung ganzer menschlicher Kategorien verfolgen. Sie bestrafe Personen, die gegen die revolutionären Interessen verstoßen, aber ihr Hauptziel bestände in der Vernichtung von Einrichtungen, welche die Arbeiterklasse unterjochten.

Ein Krieg der Arbeiter?

London, 19. Februar. Das Neuseeische Bureau meldet aus Washington: Der ausführende Rat des amerikanischen Arbeiterverbandes veröffentlichte am Schluß einer siebenstündigen Sitzung eine Erklärung, in der er u. a. sagte: Die Arbeiter wünschen ihren Teil für die Republik zu tun, um den Krieg zu gewinnen. Der Krieg sei ein Krieg der Arbeiter (!) und müsse durch Sieg gewonnen werden. Die amerikanischen Arbeiter bedauern, daß die Umstände es ihnen unmöglich machten, in dauernder persönlicher Fühlung mit den Arbeitern der alliierten Länder zu sein, und daß sie bei der kommenden Arbeiterkonferenz nicht vertreten seien.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnverhältnisse bei der Deutschen Bank.

Wir berichteten vor einiger Zeit über Klagen der Kassensboten der Deutschen Bank über unzureichende Bezahlung. Inzwischen hat sich die Direktion veranlaßt gesehen, einige Verbesserungen einzutreten zu lassen. Im Mai 1917 wurden sämtliche bisher gewährten festen und unbestimmten Bezüge (Lohn, Zulagen, Teuerungszulagen, Freibergeld usw.) in Lohn umgewandelt und der Lohn der Kassensboten auf 45 M. pro Woche festgesetzt. Nachdem im August auf Grund des Hilfsdienstgesetzes ein Arbeiterausschuß gewählt wurde, hat dieser durch Verhandlungen mit der Direktion eine Erhöhung dieses Lohnes auf 50 M. pro Woche rückwirkend vom 1. Oktober 1917 ab erreicht. Ferner erhielten alle mindestens ein Jahr Beschäftigten eine Weihnachtsgewaltigung von 100 Mark und diejenigen mit längerer Beschäftigung, darüber einen prozentualen Anteil davon. Auch eine Regelung der Ueberstundenbezahlung trat ein, indem ein fester Ueberstundenlohn von 1 M. pro Stunde bewilligt wurde. Demgegenüber wurden die Löhne des Buchbindereipersonals erhöht, und zwar der Lohn der männlichen Buchbinder im April von 34 auf 40 M. und am 1. Oktober von 40 auf 50 M. pro Woche, der Lohn der weiblichen Arbeiterinnen im April von 25 auf 30 und am 1. Oktober von 30 auf 37,50 M. pro Woche. Außerdem wurden Teuerungszulagen gezahlt im März und August, und zwar an weibliche Kräfte 50 und 100 M., an männliche 75 und 175 M. An Weihnachtsgewaltigungen wurden 60 und 100 M. gezahlt. Am 18. Februar fand eine gut besuchte Versammlung der fest angestellten und Hilfskassensboten statt, in welcher beschlossen wurde, den Arbeiterausschuß zu beauftragen, mit der Direktion dahingehend zu verhandeln, daß auch in diesem Jahre sämtliche Kassensboten bei der Verteilung der Löhne berücksichtigt werden und daß auch den fest angestellten Boten die Bezahlung der Ueberstunden mit 1 M. gewährt wird.

Zur künftigen Befestigung der Beiträge und der Unterstützungen im Verband der Tapezierer veröffentlicht der Vorstand und Ausschuß des Verbandes eine gemeinsame Vorlage. Ende März soll eine Städtekonferenz hierzu Stellung nehmen, um der Vorlage die endgültige Fassung zu geben, über die dann eine Urabstimmung der gesamten Mitglieder entscheiden soll. Für männliche Mitglieder ist ein Beitrag von 80 Pf. und 1 M. angelegt, für weibliche von 40 und 80 Pf.; nur Halbinvalide oder in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkte männliche Mitglieder sollen mit Zustimmung des Hauptvorstandes in die zweite Beitragsklasse zahlen können.

Die Arbeitslosenunterstützung wird entsprechend der Beitragssteigerung wesentlich erhöht. Die Bezugsberechtigung beginnt nach wie vor nach Leistung von 52 Wochenbeiträgen. Die wöchentliche Unterstüttung beträgt in der 40-Pf.-Klasse 4,20 M. und steigt bis auf 7,50 M. nach Leistung von 520 Beiträgen; in der 80-Pf.-Klasse beginnt sie mit 6 M. und steigt bis 10,80 M.; in der 80-Pf.-Klasse beginnt sie mit 7,50 M. und steigt bis auf 15 M.; in der 1-M.-Klasse beginnt sie mit 9 M. und steigt bis auf 18 M. wöchentlich. Die Unterstüttung auf der Reise beträgt in den vier Klassen 75 Pf., 1 M., 1,25 M. und 1,50 M. täglich.

Die Krankenunterstützung beträgt 3 M., 4,50 M., 6 M. und 7,50 M. die Woche auf die Dauer von 10 Wochen.

Die Unterstüttung in Sterbefällen beginnt in der 1. Klasse nach 52 Beitragswochen mit 25 M., steigend bis zu 61 M.; in der 2. Klasse mit 30 M., steigend bis 84 M.; in der 3. Klasse mit 35 M., steigend bis 107 M. und in der 4. Klasse mit 40 M., steigend bis 130 M.; die Sterbunterstützung wird nach folgenden Sätzen neu geregelt: in der 1. Klasse 7,50 M., steigend bis 45 M.; beginnend mit der 14. Beitragswoche bis zur 520. steigend; in der 2. Klasse 9 M., steigend bis 16,50 M.; in der 3. Klasse 12 M., steigend bis 19,50 M.; in der 4. Klasse 13,50 M., steigend bis 21 M. Für ledige Mitglieder sind die Unterstüttungen um 1,50 M. geringer, auch erhalten verheiratete Mitglieder für jedes Kind 1,50 M. Extraunterstützung. Die Umzugsunterstützung bleibt wie bisher bestehen.

Die Wahl der Beitragsklasse soll, mit den oben bemerkten Einschränkungen, jedem Mitglied freistehen, ebenso der Uebertritt aus einer niederen in eine höhere Beitragsklasse und umgekehrt.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Der Kohlegeger 2. bei der Firma G. will einen Ablehrschein, da ihm der Weg von seiner Wohnung zur Arbeitsstelle zu weit ist (Eieglich-Borsigmalde). Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß der Kohlegeger morgens eine Stunde später als zum üblichen Beginn der Arbeitszeit zur Arbeit erscheint.

Die Alfordarbeiter der Firma S. u. Co. in G. haben Differenzen, da die Firma dem Verlangen auf Erhöhung ihrer Verdienste nicht entsprechen will. Bei den Verhandlungen im Betriebe hatte die Firma sich bereit erklärt, allen Arbeitern und Arbeiterinnen, die im Lohn arbeiten, eine Zulage zu geben, jedoch nicht den Ueberstundenarbeitern. Die Firma ist der Meinung, daß die Alfordarbeiter ohnehin mehr wie die Lohnarbeiter verdienen, und außerdem aus den Alfordlöhnen noch mehr als bisher an Verdiensten herauszuholen ist. Da eine Verständigung nicht möglich, fällt der Kriegsausschuß einen Schlichter dahin, daß auf die gesamten Alfordlöhne ein Zuschlag von 7 Proz. erfolgt.

Der Schlosser K. bei der Firma W. erhält nur 1,50 M. Lohn für die Stunde. Da die Firma nicht bereit ist, dem Schlosser einen höheren Lohn zu zahlen, wird diesem der Ablehrschein zugesprochen.

Der Mechaniker H. von der Firma F. u. G. will mehr Lohn, da sein bisheriges Einkommen, 2,05 M. für die Stunde, im allgemeinen auf Grund seiner Leistungen nicht als angemessen betrachtet werden könne. Der Kriegsausschuß entscheidet dahin, daß die

Firma entweder dem Mechaniker einen Verdienst von 2,20 M. für die Stunde zugesetzt oder den Ablehrschein ausstellt. In der letzten Sitzung wurde der erste Fall erledigt, wonach den Arbeitern, die infolge direkter oder indirekter Kohlenmangels ausbleiben müssen, eine Entschädigung zusteht. Es handelt sich um die Erziehererei von G. Hier konnten die Maschinenformer schon seit mehreren Wochen wegen Eisenmangels häufig nicht arbeiten. Da Eisenmangel, wenn er auf Kohlenmangel zurückzuführen ist, auch mit unter diese Bestimmung fällt, erfolgte eine Verständigung dahin, daß die Arbeiter mit der Betriebsleitung auf Grund der ausfallenden Arbeitsstunden sich ausrechnen lassen, was nach der neuesten Bestimmung des Bundesrats den Arbeitern an Entschädigung zu zahlen ist. Die Parteien waren sich darüber einig, dementsprechend zu verfahren, doch fügte der Kriegsausschuß hinzu, daß, wenn letzten Endes doch noch Schwierigkeiten entstehen sollten, den Arbeitern der Ablehrschein zusteht.

Der Dreher M. von der Firma Schw. in W. möchte einen Ablehrschein haben, da er nach seiner Heimat in Essen zurück will, um dort bei der Firma Krupp in Arbeit zu treten. Die Firma Schw. ist bereit, dem Dreher M. den Ablehrschein zu geben, wenn ihr ein Dreher aus Essen zur Verfügung gestellt wird, der aus Berlin stammt, so daß also gewissermaßen ein Austausch vor sich geht. Der Fall wird um so leichter zu erledigen sein, als bei Krupp in Essen eine ganze Anzahl in Berlin beheimateter Dreher beschäftigt sind, die zweifellos gern in ihrer Heimat Beschäftigung annehmen würden. Damit der Dreher von Schw. auch wirklich bei Krupp anlangt und der Dreher von Krupp bei der Firma Schw. in Berlin, würde in diesem Fall beiden nur ein sogenannter bedingter Ablehrschein gegeben werden können.

Der Einrichter B. von der Firma E. S. u. R. will seinen Ablehrschein, weil er herz- und lungenkrank ist, er möchte nach seiner Heimat, wo er bessere Pflege hat. Der Kriegsausschuß entscheidet dahin, daß die Firma, die mit Einrichtern in großer Verlegenheit ist, sich innerhalb 4 Wochen nach einem anderen Einrichter bemühen soll. Wenn die Firma nach Ablauf dieser 4 Wochen noch keinen anderen Einrichter hat, steht B. ohne weiteres der Ablehrschein zu.

Eine Beitragserhöhung um 10 Pf. in allen Klassen schlägt der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins den Mitgliedern vor. Die Gründe, die in fast allen Organisationen zu einer Beitragserhöhung geführt haben, bestehen auch für den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein. Letzterer dürfte übrigens wohl von allen freigewerkschaftlichen Organisationen am meisten unter den Kriegswirkungen gelitten haben. Sind doch von seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Proz. entberufen. Erklärlich ist dieser hohe Prozentatz insofern, als die Organisation der Gärtnerei fast nur Mitglieder in militärpflichtigem Alter besitzt. Gleichwohl hält der Vorstand die Klassenverhältnisse der Organisation nicht für befriedigend; lediglich um den gewaltigen Aufgaben nach Friedensschluß in bezug auf Wiederaufbau des Verbandes, Unterstüttung der Arbeitslosen und Kranken, wirtschaftliche Kämpfe usw. gewachsen zu sein, sei die Neuregelung des Verbandsbeitrages erforderlich.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vergarbeiterverbände Oberschlesiens

hat, ähnlich wie die des Ruhrgebietes, den Arbeiterausschüssen in Oberschlesien empfohlen, den Ueberstunden eine Reihe Forderungen zur Berücksichtigung zu unterbreiten. In Anbetracht der andauernden großen Teuerung der Lebensmittel und aller übrigen Bedarfsartikel halten die in Frage kommenden Berufsorganisationen eine weitere Steigerung der Löhne für dringend notwendig.

Industrie und Handel.

Die verschlehte Finanzpolitik Deutschlands.

Die deutsche Finanzpolitik ist schon seit langem der Gegenstand bestiger und berechtigter Angriffe aller, die nicht in der Erhaltung der patriotischen Stimmung der Kriegsgewinnler die Hauptaufgabe des Reichsschatzamtes sehen. Während England rücksichtslos alle Leistungsfähigen heranzieht und nicht nur für den Schuldendienst reichlich steuerliche Dedung ausbringt, sondern sogar einen nicht unbeträchtlichen Teil der Kriegskosten durch Abgaben aufbringt, werden in Deutschland die kräftigsten Verdienner mit Sanftmütigkeit angefaßt. Dem Reichschatzamt wird nun zum viertenmal ein sogenannter Staatshaushalt vorgelegt, der auf den Ziffern des letzten Friedensjahres beruht, also eine groteske Fiktion ist. Eine große Zahl von Einnahmen aus Zöllen und indirekten Abgaben stehen nur auf dem Papier. Umgelegt sind alle Heeres- und Marineausgaben auf den Kriegsfonds abgeschrieben worden, so daß durch diese Transaktionen, für die der Berliner das Wort „Schiebungen“ hat, der alljährliche Fehlbetrag künstlich herabgedrückt wird. Schon das geschieht aus blasser Furcht, sich mit dem Finanzproblem wirklich auseinandersetzen zu müssen. Aber das genügt dem Reichsschatzamt noch nicht. Es will die Kriegsteuer, die ihrer Natur nach zur Herabminderung der Reichsschuld dienen sollte und dafür auch bestimmt war, zur Dedung von Fehlbeträgen verwenden, die sich aus der unzureichenden Erschließung neuer laufender Steuern ergeben. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, sieht ein dem Reichschatzamt zugegangener Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Kriegsteuergesetzes zunächst die Möglichkeit vor, die Steuererträge auch für die Fehlbeträge des Etatsjahres

1917 zu verwenden. Im § 38 des Kriegsteuergesetzes war feinerzeit bestimmt worden, daß die Kriegsabgabe ausschließlich zur Abminderung der Reichsschuld verwendet werden könne, soweit sie nicht nach dem Reichshaushaltetat für das Rechnungsjahr 1916 zum Ausgleich des Ausfalles bei anderen Einnahmekapiteln erforderlich sei. Ein Ausfall war nämlich mit Rücksicht darauf zu erwarten, daß bei dem Etat gemeinhin die Aufträge des letzten Friedensjahres zugrunde gelegt wurden, ihre Beträge jedoch, z. B. bei den Zöllen, praktisch nicht erreicht werden konnten. Da nun für 1917 die Verhältnisse ähnlich liegen, so ist auch hier ein Ausgleich erforderlich, der gleich wie im Vorjahre durch die Kriegsteuergesetze geschaffen werden soll. Des weiteren enthält der Entwurf die Bestimmung, daß, soweit die zur Dedung eines Fehlbetrages aus der Kriegsabgabe erforderlichen Beträge in Studien der Kriegsanleihe entrichtet werden, ein gleicher Betrag dem Anleihefoll und der Anleihermächtigung für das Rechnungsjahr 1918 hinzutreten soll.

Die Bestimmung, daß die Kriegsteuer in Kriegsanleihe gezahlt werden kann, hatte den Zweck, den Anleihemarkt zu entlasten und zugleich die Tilgung von Reichsschuld durch die Kriegsabgabe aufs stunsfällige zum Ausdruck zu bringen. Wenn jetzt für die eingelieferte neue Kriegsanleihe ausgegeben werden soll, so wird dieser Zweck illusorisch und die Uebung bedeutet nicht mehr als eine verdeckte Herabsetzung der Kriegsteuer, da die Steuerträger die Steuersumme nicht mit dem Kurswert, sondern dem Nennwert der Kriegsanleihe bezahlen!

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Gustav Genslow u. Co. A.-G. in Berlin schlägt eine Dividende von wieder 4 1/2 Proz. auf die Vorkursaktien und eine Dividende von 18 Proz. auf die Stammaktien vor. Damit wird die Vorjahrsdividende um 4 Proz. überschritten, die feinerzeit auf Beschluß der Generalversammlung entgegen dem Vorschlag der Verwaltung von 12 auf 14 Proz. erhöht wurde. Die Abschreibungen betragen 387 564 M. (268 775), Zuweisungen an den Wohlfahrtsfonds 30 706 M. (18 807), der Reuoritag 21 882 M. (18 834). Der Generalversammlung am 12. März wird ferner vorgeschlagen werden, mit Rücksicht auf den stark erweiterten Umfang der Geschäfte und die Notwendigkeit dauernder Neuaufwendungen das Aktienkapital um 250 000 M. auf 3 1/2 Millionen Mark zu erhöhen. Die jungen Aktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1918 sollen den Stammaktionären im Verhältnis von 3:1 zum Kurse von 167 Proz. zum Bezuge angeboten werden. Der überschüssige Betrag von 200 000 M. jungen Aktien soll für die Gesellschaft bestmöglichst verwertet werden.

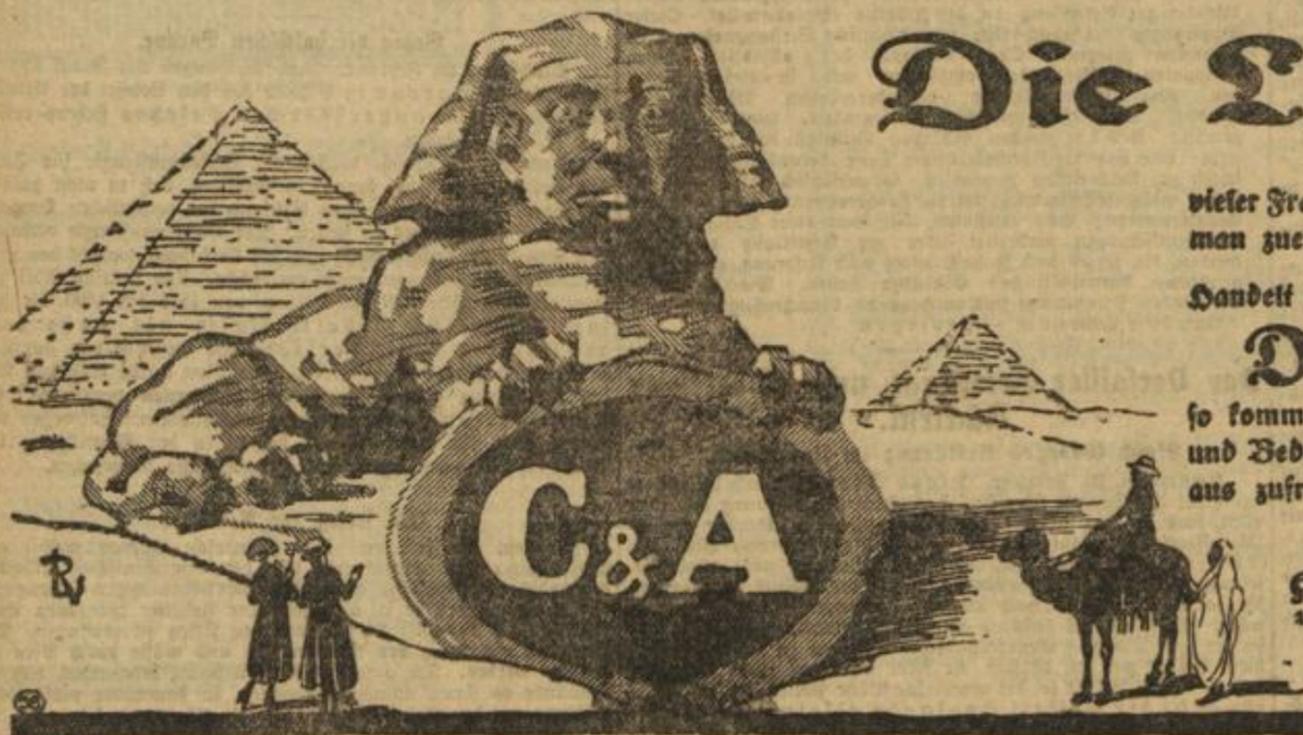
Die Fris Andre u. Co. Akt.-Ges. in Berlin-Tempelhof weist einen Ueberüberschuß von 302 563 M. aus. Nach Dedung der Generalkosten von 160 386 M. und Vornahme von Abschreibungen von 98 781 M. und einer Rückstellung auf die Beteiligung Gebrüder Röring von 18 073 M. verbleibt ein Reingewinn von 40 139 M., aus dem 6 Proz. Dividende zur Ausschüttung kommen sollen.

Die Richard Blumenfeld Seltener Ofenfabrik Akt.-Ges. weist für 1917 nach Abschreibungen von 17 124 M. (1916: 19 619) einen Jahresgewinn von 84 313 M. (86 201) aus. Während der vorjährige Gewinn aber bis auf 1572 M. zur Dedung des Verlustvortrages aus 1915 von 84 719 M. verwendet werden mußte, erhöht sich diesmal der Reingewinn durch den Gewinnvortrag aus 1916 auf 85 891 M. Die Verwaltung schlägt nach mehreren dividendenlosen Jahren eine Dividende von 10 Proz. vor. Auch für das neue Geschäftsjahr hofft die Verwaltung, ein günstiges Ergebnis vorlegen zu können.

Die Berliner Zuckerraffinerie und Weberei erzielte im Jahre 1917 ein Reinertragnis von 478 004 M. (Zuli-Dezember 1916: 183 694 M.). Die Handlungskosten erforderten u. a. 144 869 M. (37 502). Die Abschreibungen werden auf 40 112 M. (21 702) bemessen. Aus dem verfügbaren Ueberüberschuß von 225 847 M. (101 798) sollen, wie schon gemeldet, 6 Proz. Dividende (3) ausgeschüttet, 15 000 M. (7000) dem Reservefonds überwiesen und 41 707 M. (10 298) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Ueber die Ausschüttung spricht sich die Verwaltung wie folgt aus: „Der Aufsichtsrat ist zu der Auffassung gekommen, daß es richtiger ist, den Betrieb teilweise nach Bauplan zu verlegen. Wir haben zu diesem Zwecke ein größeres Terrain erworben, anschließend an die Baugrunder Fabrik, und haben die Absicht, diese entsprechend zu vergrößern, und die in Stralau befindlichen Maschinen nach und nach dem Baugrunder Unternehmen zu überweisen. Wir glauben, mit diesen Maßnahmen unser gesamtes Unternehmen wesentlich ertragsreicher gestalten zu können.“

Die H. Slos u. Co. Spiralspinner-, Werkzeug- und Maschinenfabrik Akt.-Ges. in Berlin hat ihre Generalversammlung abgehalten, die die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1916/17 genehmigte und die Dividende auf 26 Proz. festsetzte.

Verantwortlich für Politik: Erich Kuttner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Ulrich Scholz, Kassel; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Vauk Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3. Preis 1 Heller und Ueberstättungsbeitrag.



Die Lösung

vieser Fragen liegt in den meisten Fällen näher als man zuerst annimmt.

Damenkleidung

so kommen Sie getroffen zu uns. Alle Ihre Fragen und Bedenken werden hier in einer für Sie durchaus zufriedenstellenden Weise ihre Lösung finden.

Rönigstr. 33
Im Hof des Reichstags

Chausseest. 113
Zum Gatterhof

Samstags geschlossen!